Beschlussvorlage	Vorlagen-Nr.: **VO/7100/2019** Status: öffentlich Datum: 04.11.2019
Dezernat: Fachdienst: Sachbearbeiter/in:	I 7.2 Bürgerbeteiligung Dr. Griet Newiger-Addy - 7.2 -, Jonas Becker - 7.2 -

Beratungsfolge:

Gremium	**Zuständigkeit**	**Sitzung ist**
Magistrat	Entscheidung	Nichtöffentlich
Haupt- und Finanzausschuss	Entscheidung	Öffentlich
Stadtverordnetenversammlung	Entscheidung	Öffentlich

Erste Vorhabenliste der Universitätsstadt Marburg

Beschlussvorschlag:
Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Stadtverordnetenversammlung stellt die beigefügte Vorhabenliste zu wichtigen Vorhaben des Magistrats gemäß der Empfehlung des Beteiligungsbeirats zur Bekanntmachung gemäß Punkt 4.1.1 Vorhabenliste des Marburger Konzepts zur Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger der Universitätsstadt Marburg (VO/6449/2018) fest. Mit der Beschlussfassung zur Vorhabenliste nimmt die Stadtverordnetenversammlung die aufgeführten Vorhaben des Magistrats zur Kenntnis. Sie begrüßt die durch diese frühzeitige Information entstehende Transparenz bei der Vorbereitung und Planung wichtiger Vorhaben.

Sachverhalt:
Die Vorhabenliste ist eine der Maßnahmen des Konzepts zur Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern, das die Stadtverordnetenversammlung am 28. September 2018 beschlossen hat. Dort heißt es unter Ziffer 4.1.1 Vorhabenliste: „Um Einwohner*innen frühzeitig über wichtige Planungen der Verwaltung zu informieren, wird eine Vorhabenliste erstellt. Gleichzeitig wird mit der Vorhabenliste Transparenz über Beteiligungsmöglichkeiten und –verfahren für die Einwohner*innen hergestellt.“ Dementsprechend handelt es sich bei der Vorhabenliste um eine Übersicht über alle bedeutenden Vorhaben der Verwaltung. Die Vorhabenliste enthält zudem Informationen dazu, inwieweit bei einzelnen Vorhaben die Durchführung einer gesetzlichen oder freiwilligen Bürger*innenbeteiligung vorgesehen ist.

Um das Verfahren zur Einführung und der Erstellung der Vorhabenliste zu regeln, hat der Magistrat Leitlinien zu ihrer Einführung entwickelt, die vom Magistrat im April 2019 beschlossen und Ende Mai 2019 von der Stadtverordnetenversammlung zur Kenntnis genommen wurden (VO/6777/2019).

Demnach stellen die Fachdienste sowie die Koordinatoren der Lenkungsgruppen, die Stadtwerke Marburg, die GeWoBau Marburg / Lahn und die Stadtentwicklungsgesellschaft Marburg Informationen zu wichtigen Vorhaben in Form von Steckbriefen zusammen. Diese

Steckbriefe werden von der Koordinierungsstelle Bürger*innenbeteiligung in einem Sammeldokument (Entwurf der Vorhabenliste) zusammengestellt, welches an die erweitere Dezernentenrunde zur Beratung weitergeleitet wird.

Danach wird der Entwurf der Vorhabenliste an den Beteiligungsbeirat zur Beratung weitergeleitet. Die Aufgaben des Beteiligungsbeirates bezüglich der Vorhabenliste regelt die Geschäftsordnung des Beteiligungsbeirates, die vom Magistrat am 24.6.2019 beschlossen und am 28.6.2019 von der Stadtverordnetenversammlung zur Kenntnis genommen wurden (VO/6895/2019). Demnach gibt der Beteiligungsbeirat in Bezug auf die Vorhabenliste Empfehlungen zu den Formen der vorgesehenen Bürger*innenbeteiligung ab. Im Einzelnen gibt er Empfehlungen zur Vorhabenliste, zu den Beteiligungskonzepten sowie zu Vorschlägen von Vorhaben der Einwohner*innen für die Vorhabenliste ab. Der Beteiligungsbeirat berät Verfahren von Beteiligung. Inhalte von Vorhaben sind nicht Gegenstand der Beratung im Beteiligungsbeirat.

Im Anschluss wird die Vorhabenliste dem Magistrat sowie der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung vorgelegt. Nach Beschlussfassung durch die Stadtverordnetenversammlung werden die Vorhaben auf der Online-Beteiligungsplattform der Universitätsstadt Marburg (www.marburgmachtmit.de) veröffentlicht. Die Vorhaben können dort nach Themen und Stadtteilen gefiltert werden.

Die Vorhabenliste wird alle sechs Monate aktualisiert durch eine Anfrage der Koordinierungsstelle Bürger*innenbeteiligung an die Fachdienste. Die aktualisierte Vorhabenliste wird dem Beteiligungsbeirat, dem Magistrat und der Stadtverordnetenversammlung alle sechs Monate vorgelegt. Für die Zukunft wird angestrebt, das Verfahren an das Haushaltsverfahren anzukoppeln.

Zu beachten ist, dass die Vorhabenliste in der Einführungsphase keinen Anspruch auf Vollständigkeit erhebt. Um einer zu großen Belastung einzelner Fachdienste vorzubeugen, ist vorgesehen, dass pro Fachdienst nicht mehr als fünf Vorhaben zur Aufnahme in die Liste vorgeschlagen werden, es sei denn, der Fachdienst betreut schon jetzt mehr als fünf Vorhaben mit freiwilliger Bürger*innenbeteiligung. Im Zuge der weiteren Durchläufe zur Erstellung der Vorhabenliste werden jeweils fünf weitere Vorhaben für die Vorhabenliste vorgeschlagen, so lange bis alle Vorhaben, die den Kriterien der Leitlinie zur Einführung der Vorhabenliste entsprechen, in die Vorhabenliste aufgenommen sind. Danach werden nur noch neue Vorhaben, die den Kriterien der Leitlinie entsprechen, aufgenommen.

Es versteht sich von selbst, dass die Feststellung der Vorhabenliste als Instrument der frühzeitigen Information der Bürger*innen über Vorhaben des Magistrats keinen inhaltlichen Beschluss der Stadtverordnetenversammlung zu den einzelnen Vorhaben darstellt oder zukünftige Beschlüsse zu Vorhaben und ihrer möglichen Umsetzung der Stadtverordnetenversammlung präjudiziert, sondern den Vorbereitungsstand des Magistrats dokumentiert.

Empfehlung des Beteiligungsbeirates zur Ersten Vorhabenliste

Der Beteiligungsbeirat hat in seiner Sitzung am 30.10.2019 erstmalig eine Vorhabenliste beraten. Er hat dabei folgende Empfehlungen ausgesprochen:

- Der Beteiligungsbeirat beschließt im Konsens:
  1. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt ist aus Sicht des Beteiligungsbeirates die Beratung der Vorhabenliste durch den Beirat vor Beschlussfassung des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung ein geeignetes Verfahren der Beratung der Vorhabenliste.
- Der Beteiligungsbeirat beschließt bei wenigen Gegenstimmen:

1. Dem Beteiligungsbeirat ist es aufgrund des Umfangs der ersten Vorhabenliste der Universitätsstadt Marburg nicht möglich, die Vorhabenliste im Detail zu beraten und Empfehlungen zu den Beteiligungsverfahren einzelner Vorhaben auszusprechen. Die vorliegende Vorhabenliste wird daher zur Kenntnis genommen. Es wird aber dem Oberbürgermeister der Universitätsstadt Marburg empfohlen, das weitere Verfahren bis hin zur Veröffentlichung der Vorhabenliste auf den Weg zu bringen, um Öffentlichkeit und Transparenz hinsichtlich der Vorhabenliste herzustellen. Der Beteiligungsbeirat wird sich in seiner weiteren Arbeit mit den Beteiligungsverfahren der Vorhabenliste näher beschäftigen.

Es wird gebeten, der Vorlage zuzustimmen.

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister

Finanzielle Auswirkungen:
Keine

Anlagen:
Erste Vorhabenliste der Universitätsstadt Marburg

Erste Vorhabenliste der Universitätsstadt Marburg

2. Halbjahr 2019

Zusammenstellung der von den Fachdiensten, Stadtwerke Marburg, GeWoBau Marburg / Land und Stadtentwicklungsgesellschaft Marburg erstellten Steckbriefe durch 7.2. Koordierungsstelle Bürger*innenbeteiligung (Stand 21.10.2019)

Einleitung

Die Vorhabenliste ist eine der Maßnahmen des Konzepts zur Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern, das die Stadtverordnetenversammlung am 28. September 2018 beschlossen hat. Die Leitlinien zu ihrer Einführung wurden vom Magistrat im April 2019 beschlossen und Ende Mai 2019 von der Stadtverordnetenversammlung zur Kenntnis genommen (VO/6777/2019).

Bei der Vorhabenliste handelt es sich um eine Übersicht aller bedeutenden Vorhaben der Verwaltung. Die Vorhabenliste enthält zudem Informationen dazu, inwieweit bei einzelnen Vorhaben die Durchführung einer freiwilligen Bürger*innenbeteiligung vorgesehen ist.

Gute Beteiligung setzt eine frühzeitige Information der Marburger*innen über wichtige Vorhaben der Stadtverwaltung voraus. Die Erstellung und Pflege der Vorhabenliste ist daher ein wichtiger Bestandteil des Beteiligungskonzepts. Die Vorhaben werden in Form von Steckbriefen möglichst frühzeitig und rechtzeitig in die Vorhabenliste aufgenommen.

Mit der Einführung der Vorhabenliste sollen somit drei Ziele erreicht werden:

1. Die Vorhabenliste soll eine frühzeitige, transparente und verständliche Information der Öffentlichkeit über bedeutende städtische Vorhaben ermöglichen.
2. Die Vorhabenliste soll Informationen dazu enthalten, bei welchen bedeutenden städtischen Vorhaben über die gesetzlichen Vorgaben hinaus freiwillige Formen der Bürger*innenbeteiligung erfolgen. Damit sollen Klarheit und Transparenz bei der Durchführung von Verfahren der Bürger*innenbeteiligung verbessert werden.
3. Die Vorhabenliste soll die verwaltungsinterne Information über bedeutende Vorhaben der Verwaltung und gegebenenfalls die Koordinierung und Steuerung von Vorhaben weiter verbessern.

Die Vorhabenliste soll zu einer Verbesserung der Kooperations- und Beteiligungskultur und des gegenseitigen Verständnisses von Einwohner*innen, Politik und Verwaltung führen.

Nach Beratungen in der erweiterten Dezernentenrunde, dem Beteiligungsbeirat und dem Magistrat sowie der Beschlussfassung durch die Stadtverordnetenversammlung werden die Vorhaben auf der Online-Beteiligungsplattform der Universitätsstadt Marburg (www.marburgmachtmit.de) veröffentlicht. Die Vorhaben können dort nach Themen und Stadtteilen gefiltert werden.

Zu beachten ist, dass die Vorhabenliste in der Einführungsphase keinen Anspruch auf Vollständigkeit erhebt. Um einer zu großen Belastung einzelner Fachdienste vorzubeugen, ist vorgesehen, pro Fachdienst nicht mehr als fünf Vorhaben zur Aufnahme in die Liste vorzuschlagen, es sei denn, der Fachdienst betreut schon jetzt mehr als fünf Vorhaben mit freiwilliger Bürger*innenbeteiligung.

Im Zuge der weiteren Durchläufe zur Erstellung der Vorhabenliste werden jeweils fünf weitere Vorhaben für die Vorhabenliste vorgeschlagen, so lange bis alle Vorhaben, die den Kriterien der Leitlinie zur Einführung der Vorhabenliste entsprechen, in die Vorhabenliste aufgenommen sind. Danach werden nur noch neue Vorhaben, die den Kriterien der Leitlinie entsprechen, aufgenommen.

Die Vorhabenliste wird alle sechs Monate aktualisiert durch eine Anfrage der Koordinierungsstelle Bürger*innenbeteiligung an die Fachdienste, die Koordinatoren der Lenkungsgruppen sowie die Stadtwerke Marburg, die GeWoBau Marburg / Lahn und die Stadtentwicklungsgesellschaft Marburg. Die aktualisierte Vorhabenliste wird dem Beteiligungsbeirat, dem Magistrat und der Stadtverordnetenversammlung alle sechs Monate vorgelegt. Für die Zukunft wird angestrebt, das Verfahren an das Haushaltsverfahren anzukoppeln.

Die Koordinierungsstelle Bürger*innenbeteiligung bittet Verwaltung, Politik und Bürger*innen und Bürger um Hinweise und Rückmeldungen, falls Abläufe nicht gut funktionieren oder Sie Verbesserungsvorschläge haben.

Inhalt

Fachbereich 1 5
Fachbereich 2 5
Fachdienst 40 Schule 5
Umsetzung des Digitalpaktes 5
Fachbereich 3 7
Fachbereich 4 7
Zweiter Teilhabebericht zu den Lebenslagen von Menschen mit Beeinträchtigungen 7
Kooperative Sozialplanung 9
Fachbereich 5 11
FD 58 Kinderbetreuung 11
Qualitätsoffensive in der Kinderbetreuung 11
KiBaP (Kindertagesstätten-Bauprogramm) 12
Fachbereich 6 14
Fachdienst 61 Stadtplanung und Denkmalschutz 14
„Nachhaltiges Verkehrs- und Mobilitätskonzept“ 14
Entwicklung eines neuen Wohnquartiers am Hasenkopf 15
Bebauungsplan „Oberer Rotenberg“: Nahversorgung, geförderter Wohnungsbau und gemeinschaftliches Wohnen 17
Soziale Stadt-Investitionen im Quartier Marburg- Ockershausen/Stadtwald und Marburg-Waldtal 18
Fortschreibung des Regionalplans Mittelhessen 21
Dorfentwicklung in den Außenstadtteilen 22
Fachdienst 65 Hochbau 25
Neubau Feuerwehrhaus Cappel mit Trainingszentrum 25
Neubau Familienzentrum Ockershausen/Stadtwald 27
Neubau Nachbarschaftszentrum Waldtal 29
Neubau Wohnungslosenunterkunft 32
FD 66 Tiefbau 33
Erneuerung eines Teilstücks der Gutenbergstraße 33
Erneuerung eines Teilstücks der Neuen Kasseler Straße 34
Barrierefreier Ausbau des Südbahnhofs 35
Sanierung Grüner Wehr 36
Wasserkraftanlage Lohmühle 38
Umsetzung des Radverkehrsplans 39
Bau eines Radwegs von Görzhausen zum Sellhof / Rotenberg 41
FD 67 Klimaschutz, Stadtgrün und Friedhöfe 43

Klimawandel in Marburg: Hitze, Frischluft, Starkregen 43
Klima-Aktionsplan 2030.....44
Fachdienst 69 Umwelt- und Naturschutz, Fairer Handel, Abfallwirtschaft.....45
Lahnauenpark 45
Fachbereich 7 48
Fachdienst 15 Referat für Stadt-, Regional- und Wirtschaftsentwicklung 48
Zukunftskonzept Oberstadt 48
Fachdienst 16 Gleichberechtigungsreferat.....50
Umsetzung des Zweiten Marburger Aktionsplans für die Europäische Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene.....50
FD 41 Kultur 53
Nachhaltige Kulturentwicklungsplanung 53
Bedarfsprüfung Theaterneubau.....54
7.1 Gesunde Stadt.....56
KOMBINE (Kommunale Bewegungsförderung zur Implementierung der Nationalen Bewegungsempfehlung).....56
Gründung eines Ernährungsrates.....58
7.2 Koordinierungsstelle Bürger*innenbeteiligung.....60
Konzept für Dialog und Vielfalt – Gegen Rassismus, Ausgrenzung und Demokratiefeindlichkeit 60
Pilotprojekt Stadtteilfonds.....62
Kommunalwahl 21 – Verstehen und Mitmachen.....63
GeWoBau - Gemeinnützige Wohnungsbau GmbH Marburg/Lahn.....65
Wohnungsbau Försterweg 65
Wohungsbau Friedrich-Ebert-Straße 1a.....66
Wohnungsbau Magdeburger Straße.....67
Altenpflegezentrum und Begegnungsstätte Sudetenstraße 68
Wohnprojekt Poitiersstraße 69
Stadtentwicklungsgesellschaft Marburg.....70
Beltershäuser Straße 70
Stadtwerke Marburg GmbH.....71
Ausbau Nahverkehrsangebot 71

Fachbereich 1

Derzeit keine Vorhaben im Sinne der Vorhabenliste

Fachbereich 2

Fachdienst 40 Schule

Titel des Vorhabens	Umsetzung des Digitalpaktes
1. Zuständiger FD	Fachdienst 40 - Schule Weitere Fachdienste in ihren Aufgabenbereichen (FD 11 – Technische Dienste, FD 65 - Hochbau, FD 20 - Finanzservice)
2. Schwerpunktthemen	Digitalpakt, digitale Bildung, Digitale Schule Hessen
3. Betroffenes Gebiet	Schulen in der Trägerschaft der Universitätsstadt Marburg
4. Inhaltliche Kurzbeschreibung	Der Digitalpakt ist ein Förderprogramm des Bundes zum Aufbau und der Verbesserung der bildungsbezogenen digitalen Infrastruktur an Schulen. Die Umsetzung in Hessen wird als „Digitale Schule Hessen“ bezeichnet und umfassend die folgenden Maßnahmen: - WLAN in Schulen - Digitale Vernetzung an Schulen - Standortgebundene Präsentationstechnik - Professionelle Supportstrukturen - Mobile Endgeräte - Qualifizierung von Lehrkräften - Landesweite Lernplattform/-portale Stand: August 2019
5. Zeitrahmen, aktueller Bearbeitungsstand und weitere Bearbeitungsschritte (Meilensteine)	Vorbereitungsphase (Umsetzungsgesetz, Inkraftsetzungserlass, Förderrichtlinie): bis Dezember 2019 Antragstellung: Ende 2019 bis 31.12.2021

	Umsetzungsphase: 2020 bis 2024
6. Voraussichtliche Kosten des Vorhabens	Das Gesamtinvestitionsvolumen beläuft sich für den Zeitraum 2020 bis 2024 auf insgesamt 6,1 Millionen Euro. Der Eigenanteil der Universitätsstadt Marburg in Höhe von 25% beläuft sich auf 1,5 Millionen Euro
7. Politische Beschlussgrundlage(n) mit Verlinkung zu Allris	Politische Beschlussvorlagen liegen aufgrund der Frühzeitigkeit der Planung noch nicht vor.
8. Formelle Bürger*innenbeteiligung	nein
9. Freiwillige Bürger*innenbeteiligung	nein
10. Ansprechpartner*in Fachdienst Vorname, Name (falls gewünscht) Telefon E-Mail Weitere Informationen, Links	FD 40 – Medienzentrum Herr Nico Anastasio 06421 – 201 1152 info@medienzentrum-marburg.de weiterführende Links https://www.bmbf.de/de/wissenswertes-zum-digitalpakt-schule-6496.php https://kultusministerium.hessen.de/presse/pressemitteilung/landesregierung-stellt-programm-digitale-schule-hessen-vor-1

Fachbereich 3

Derzeit keine Vorhaben im Sinne der Vorhabenliste.

Fachbereich 4

Titel des Vorhabens	Zweiter Teilhabebericht zu den Lebenslagen von Menschen mit Beeinträchtigungen
1. Zuständigkeit	Sozialplanung der Universitätsstadt Marburg (Federführung, Prozesskoordination) Mitwirkung von den städtischen Fachdiensten und zahlreichen Trägern/Vereinen/Netzwerkpartner*innen
2. Schwerpunktthemen	- themenübergreifend zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) - Erneute Bestandsaufnahme: Wo gelingt Teilhabe? Wo besteht Handlungsbedarf?
3. Betroffenes Gebiet	Gesamtes Marburger Stadtgebiet
4. Inhaltliche Kurzbeschreibung *)*	Um den Anforderungen der UN-BRK heute und in Zukunft gerecht zu werden, wird der Prozess der Teilhabeplanung als Aufgabe der Kommune wahrgenommen. Die Teilhabeberichterstattung zeigt Bedarfe auf und gibt Handlungsempfehlungen, die in Aktionsplänen münden und zielgerichtet umgesetzt werden. Inklusion von Menschen mit Behinderungen wird in Marburg als gemeinsame Strategie der Akteure vor Ort und als gesamtgesellschaftliche Aufgabe verstanden.
5. Zeitrahmen, aktueller Bearbeitungsstand und weitere Bearbeitungsschritte (Meilensteine)	Der Zweite Teilhabebericht ist Teil eines fortlaufenden Prozesses kommunaler Teilhabeplanung. Die Bestandsaufnahme in Form des zweiten Berichtes baut auf der Umsetzung der Handlungsansätze im Aktionsplan auf. **Die Erarbeitung des Berichtes soll Ende 2019 abgeschlossen sein**. Dem Bericht werden notwendige Maßnahmen folgen (Zweiter Aktionsplan). In Kooperation mit der Universität wurde im Sommer 2019 eine Befragung von Betroffenen durchgeführt. Die Schwerpunkte des Berichtes werden in der begleitenden Projektgruppe mit den Verantwortlichen besprochen und festgelegt. Der aktuelle

	Bearbeitungsstand bezieht sich auf folgende Handlungsfelder: • Bildung und Ausbildung, • Arbeit, Beschäftigung, Nichterwerbstätigkeit, Werkstatt • Wohnen, häusliches Leben und Mobilität, • Freizeit, Sport und Kultur, • Gesundheit und Gesundheitsversorgung, • Leben mit chronischen Krankheiten, • Leben mit Schwerhörigkeit/Gehörlosigkeit, • Kommunikation und Information • Selbstbestimmung • Schutz der Persönlichkeitsrechte • Unterstützung bei Gewalt gegen Menschen mit Behinderungen und Gewaltprävention • Politische Teilhabe • Selbsthilfe • Alternde Menschen mit Beeinträchtigungen • Geflüchtete mit Beeinträchtigungen • Armut und Isolation • Teilhabeforschung • Angehörige von Menschen mit Beeinträchtigungen Die Protokolle der monatlich tagenden Projektgruppe sind online verfügbar. Mitwirkende sind willkommen.
6. Voraussichtliche Kosten des Vorhabens	Im Rahmen der Teilhabeplanung sind anfallende Kosten von den beteiligten Fachbereichen und Fachdiensten haushalterisch zu kalkulieren und einzuplanen.
7. Politische Beschlussgrundlage(n) / Verlinkung	Die Beauftragung der Sozialplanung, einen zweiten Teilhabebericht zu erstellen, erfolgte am 27.08.2018 in einer nichtöffentlichen Magistratssitzung. Der Auftrag baut auf dem Teilhabebericht 2015 und dem Aktionsplan 2017 („Kommunales Handlungskonzept zur Stärkung der Teilhabe von Menschen mit Behinderungen“) auf.
8. Formelle Bürger/innenbeteiligung	nein
9. Freiwillige Bürger/innenbeteiligung *(falls geplant, beschreiben Sie bitte mit nicht mehr als 1.000 Zeichen das*	Ja. Der Behindertenbeirat der Universitätsstadt Marburg ist eingebunden.

Beteiligungskonzept. Falls nicht geplant, antworten Sie bitte mit nein)	Eine Projektgruppe gestaltet den Prozess maßgeblich mit. Einige Projektgruppemitglieder sind zugleich Mitglieder des städtischen Behindertenbeirates. Betroffene Bürger*innen arbeiten intensiv an dem Bericht mit; zum einen in der Projektgruppe als beratendes Mitglied bzw. zum anderen als Verfasser*in eines Textbeitrages (Erfahrungsberichte). Im Sommer hat in Kooperation mit der Philipps-Universität eine Befragung von Betroffenen stattgefunden (Kontakte über Selbsthilfegruppen, Beratungsstellen etc.).
10. Ansprechpartner/in Amt Vorname Name Telefon E-Mail *(Zur Veröffentlichung als Kontaktperson(en) für Bürgerinnen und Bürger)* Weitere Informationen, Links *(ggf. auch Projektseiten)*	Sozialplanerin der Universitätsstadt Marburg (FD 50) Monique Meier 201-1933 Monique.Meier@marburg-stadt.de Die Unterlagen und Protokolle der Projektgruppensitzungen stehen online zur Verfügung. http://www.marburg.de/teilhabe Das Arbeitspapier zum aktuellen Bearbeitungsstand und Aufbau des Berichtes steht nicht online zur Verfügung. Bei Mitwirkungsinteresse kann dieses Arbeitspapier bei Frau Meier erfragt werden.

Titel des Vorhabens	**Kooperative Sozialplanung**
1. Zuständiger FD	Leitung: FB 5 Jugendhilfeplanung Geschäftsführung: FD 50 Sozialplanung
2. Schwerpunktthemen	Bedarfsgerechte Planung und Weiterentwicklung der sozialen Infrastruktur und Angebote in Marburg, Organisation von arbeitsfeldbezogenen Kooperationsformen von Verwaltung und freien Trägern
3. Betroffenes Gebiet	Gesamtstadt

4. Inhaltliche Kurzbeschreibung	Mit dem Prozess der Kooperativen Sozialplanung entwickelt die Universitätsstadt Marburg die sozialen Dienstleistungen und die Infrastruktur gemeinsam und an den Bedarfen der Menschen orientiert weiter. Damit wird allen Marburger Bürger*innen die gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglicht und die Lebenslagen benachteiligter Bevölkerungsgruppen werden verbessert.
5. Zeitrahmen, aktueller Bearbeitungsstand und weitere Bearbeitungsschritte (Meilensteine)	laufend, verwaltungsinterne Lenkungsgruppe Kooperative Sozialplanung und Steuerungsgruppe Kooperative Sozialplanung (= Lenkungsgruppe und neun Vertreter*innen verschiedener Träger der freien Wohlfahrtspflege) arbeiten seit 2018; aktuell: Erhebungsphase einer Bestandsaufnahme aller sozialen Angebote in Marburg, Systematisierung der bestehender Ansätze kooperativer Sozialplanung (AGs, Runde Tische, Netzwerke etc.), Auswertung eines Workshops vom September 2019 mit rd. 80 Teilnehmer*innen und Erarbeitung eines Leitbildes kommunaler Sozialpolitik; dieses Leitbild soll von der StVV als Grundlage und Orientierungsrahmen sozialpolitischer Entscheidungen beschlossen werden.
6. Voraussichtliche Kosten des Vorhabens	Anteilige Personalkosten, jährliches Budget für externe Dienstleistungen 5.000 €
7. Politische Beschlussgrundlage(n) mit Verlinkung zu Allris	Die Vorlage „Grundlagen der Kooperativen Sozialplanung in Marburg“ wurde im April 2019 von der StVV beschlossen. https://www.marburg.de/allris/vo020.asp?VOLFDNR=15810
8. Formelle Bürger*innenbeteiligung	nein
9. Freiwillige Bürger*innenbeteiligung	Anlassbezogen, z.B. bei Workshop zur Erarbeitung eines Leitbildes kommunaler Sozialpolitik.
10. Ansprechpartner*in Fachdienst Vorname, Name (falls gewünscht) Telefon E-Mail	FD siehe 1.) Werner Meyer 06421 201-1540 werner.meyer@marburg-stadt.de

Weitere Informationen, Links	Monique Meier 06421 201-1933 monique.meier@marburg-stadt.de https://www.marburg.de/portal/seiten/kooperative-sozialplanung-900002034-23001.html

Fachbereich 5

FD 58 Kinderbetreuung

Titel des Vorhabens	Qualitätsoffensive in der Kinderbetreuung
1. Zuständiger FD	Fachdienst 58 Kinderbetreuung
2. Schwerpunktthemen	Qualitätsoffensive in den Kindertageseinrichtungen – Chancengerechtigkeit von Anfang an
3. Betroffenes Gebiet	gesamtstädtisch
4. Inhaltliche Kurzbeschreibung	In einem breit angelegten Diskussionsprozess mit den freien Trägern wurden gemeinsam Indikatoren für eine Weiterentwicklung der Qualität in den Kindertageseinrichtungen ausgearbeitet. Dies betrifft in erster Linie eine verbesserte Personalausstattung. Die Qualitätsoffensive ist nach einem Stufenplan angelegt.
5. Zeitrahmen, aktueller Bearbeitungsstand und weitere Bearbeitungsschritte (Meilensteine)	1. Ausbauschritt der Qualitätsoffensive zum 1. 8. 2019: Erhöhung der Leitungsfreistellung in den Einrichtungen auf der Basis einer Fachkraft-Kind-Relation 2. Ausbauschritt: Verbesserung der Fachkraft-Kind-Relation in Einrichtungen mit besonderen Herausforderungen, wie z. B. Sprachförderbedarf oder Armutslagen. Ausbauschritt angestrebt zum Kita-Jahr 2020/2021 3. Ausbauschritt: Verbesserung der Fachkraft-Kind-Relation für Regeleinrichtungen auf 1:10

6. Voraussichtliche Kosten des Vorhabens	2019: ca. 362.000 Euro 2020 und ff.: ca. 868.000 Euro für Leitungsfreistellung : Veränderung FKR in Schwerpunkt-Einrichtungen ca. 600.000 2021: noch nicht beziffert
7. Politische Beschlussgrundlage(n) mit Verlinkung zu Allris	Magistratsbeschluss VO/6697/2019
8. Formelle Bürger*innenbeteiligung	nein
9. Freiwillige Bürger*innenbeteiligung	Beteiligung der Freien Träger, des Jugendhilfeausschusses, des Fachausschusses Kinderbetreuung im Entwicklungsprozess.
10. Ansprechpartner*in Fachdienst Vorname, Name (falls gewünscht) Telefon E-Mail Weitere Informationen, Links	FD 58 Kinderbetreuung Angela Stefan 06421-2011441 Angela.stefan@marburg-stadt.de

Titel des Vorhabens	**KiBaP (Kindertagesstätten-Bauprogramm)**
1. Zuständiger FD	Fachdienst 58 Kinderbetreuung
2. Schwerpunktthemen	KiBaP: Kindertagesstätten-Bauprogramm
3. Betroffenes Gebiet	gesamtstädtisch
4. Inhaltliche Kurzbeschreibung *(Ziele und Gegenstand des Vorhabens: Bitte nicht mehr als 1500 Zeichen)*	In einem breit angelegten Beteiligungsprozess mit Trägern und Vertretungen des Gesamtelternbeirats wird eine Prioritätenliste für Sanierungs- und Bauvorhaben im Bereich Kindertagesbetreuung entwickelt.

5. Zeitrahmen, aktueller Bearbeitungsstand und weitere Bearbeitungsschritte (Meilensteine)	Geplant für 2020
6. Voraussichtliche Kosten des Vorhabens	Noch keine Angabe
7. Politische Beschlussgrundlage(n) mit Verlinkung zu Allris	Beschluss der Stadtverordnetenversammlung VO/5368/2017 https://www.marburg.de/allris/vo020.asp?VOLFDNR=14294
8. Formelle Bürger*innenbeteiligung	nein
9. Freiwillige Bürger*innenbeteiligung	Beteiligung der Freien Träger und des Gesamtelternbeirats
10. Ansprechpartner*in Fachdienst Vorname, Name (falls gewünscht) Telefon E-Mail Weitere Informationen, Links	FD 58 Kinderbetreuung Angela Stefan 06421-2011441 Angela.stefan@marburg-stadt.de

Fachbereich 6

Fachdienst 61 Stadtplanung und Denkmalschutz

Titel des Vorhabens	„Nachhaltiges Verkehrs- und Mobilitätskonzept“
1. Zuständiger FD	FD 61 Stadtplanung und Denkmalschutz (federführend) Beteiligung der FD 66 - Tiefbau, FD 69 – Umwelt- und Naturschutz und FD 33 - Straßenverkehr
2. Schwerpunktthemen	Verkehr, Mobilität, Nachhaltigkeit
3. Betroffenes Gebiet	Gesamtes Marburger Stadtgebiet
4. Inhaltliche Kurzbeschreibung	Vorbereitung und Erstellung eines von der Stadtverordnetenversammlung beschlossenen nachhaltigen innovativen und passgenauen Mobilitätskonzeptes als Leitlinie und Zielperspektive zukünftiger Verkehrs- und Stadtentwicklung
5. Zeitrahmen, aktueller Bearbeitungsstand und weitere Bearbeitungsschritte (Meilensteine)	- 3./4. Quartal 2019 bis 2. Quartal 2020 – Verkehrs- und Mobilitätskonzept Verkehrs- und Mobilitätskonzept - 2./3. Quartal 2020 – Erarbeitung Verkehrs- und bis … Mobilitätskonzept
6. Voraussichtliche Kosten des Vorhabens	Ca. 100.000,-- Euro nach grober Kostenschätzung Konkrete Kosten erst nach durchgeführter Ausschreibung und Vergabe möglich
7. Politische Beschlussgrundlage(n) mit Verlinkung zu Allris	VO/6739/2019 https://www.marburg.de/allris/vo020.asp?VOLFDNR=15881
8. Formelle Bürger*innenbeteiligung	Nein

9. Freiwillige Bürger*innenbeteiligung	- Marburger Dialoge zur Vorbereitung des Verkehrs-Mobilitätskonzepts - Mitwirkung und erste Bewertung der im Rahmen von Bestandsaufnahmen und Bestandsanalysen ermittelten Daten und Fakten - Definition von Zielsetzungen für die verkehrliche Entwicklung der Stadt Marburg - Entwicklung von Handlungsempfehlungen zur Zielerreichung mit konkreten Maßnahmen und Priorisierung der Maßnahmen
10. Ansprechpartner*in Fachdienst Vorname, Name (falls gewünscht) Telefon E-Mail Weitere Informationen, Links	 Fachdienst Stadtplanung/61 Reinhold Kulle 201/1622 reinhold.kulle@marburg-stadt.de Verkehrs- und Mobilitätsplaner*in NN

Titel des Vorhabens	**Entwicklung eines neuen Wohnquartiers am Hasenkopf**
1. Zuständiger FD	FD 61 Stadtplanung und Denkmalschutz
2. Schwerpunktthemen	Wohnungsneubau Überarbeitung des Städtebaulichen Entwurfes nach Wettbewerbsdurchführung Bauleitplanverfahren
3. Betroffenes Gebiet	Plangebiet am Hasenkopf: Stadtteil Ockershausen | Stadtwald
4. Inhaltliche Kurzbeschreibung	Gemeinsame Diskussion und Überarbeitung des Städtebaulichen Entwurfes nach Durchführung des Städtebaulichen Wettbewerbes

	Schaffung von Akzeptanz für die neue Bebauung und Transparenz im Planungsprozess Beteiligung der Bürger*innen in den unterschiedlichen Stufen des mehrjährigen Planungsprozesses
5. Zeitrahmen, aktueller Bearbeitungsstand und weitere Bearbeitungsschritte (Meilensteine)	Veranstaltung im Herbst 2019 über Workshop-Ergebnisse und Integration dieser in den Auslobungstext für Städtebaulichen Wettbewerb Durchführung Städtebaulicher Wettbewerb im 1. Halbjahr 2020 Anschließende gemeinsame Diskussion und Überarbeitung des Städtebaulichen Entwurfes
6. Voraussichtliche Kosten des Vorhabens	Ca. 100.000,- Euro für das Wettbewerbsverfahren
7. Politische Beschlussgrundlage(n) mit Verlinkung zu Allris	Beschluss der Stadtverordnetenversammlung am 23.11.2018 VO/6502/2018 https://www.marburg.de/allris/vo020.asp?VOLFDNR=15597#searchword
8. Formelle Bürger*innenbeteiligung	Ja → gemäß BauGB
9. Freiwillige Bürger*innenbeteiligung	Veranstaltung im Herbst 2019 über Workshop-Ergebnisse und Integration dieser in den Auslobungstext für Städtebaulichen Wettbewerb Gemeinsame Diskussion und Überarbeitung des Städtebaulichen Entwurfes nach Durchführung des Wettbewerbes
10. Ansprechpartner*in Fachdienst Vorname, Name (falls gewünscht) Telefon E-Mail Weitere Informationen, Links	FD 61 Stadtplanung und Denkmalschutz Brüning, Monika 06421/ 201 1657 Monika.Bruening@marburg-stadt.de FD 61 Stadtplanung und Denkmalschutz Klug, Manuela 06421/ 201 1643 Manuela.Klug@marburg-stadt.de

Titel des Vorhabens	Bebauungsplan „Oberer Rotenberg“: Nahversorgung, geförderter Wohnungsbau und gemeinschaftliches Wohnen
1. Zuständiger FD	FD 61 Stadtplanung und Denkmalschutz
2. Schwerpunktthemen	Errichtung von bezahlbaren, geförderten Wohnraum Konzeptausschreibung für gemeinschaftliche Wohnprojekte Errichtung eines neuen Nahversorgers für die umliegenden Stadtteile
3. Betroffenes Gebiet	Oberer Rotenberg: ehemalige Gärtnerei Philipps im Stadtteil Marbach
4. Inhaltliche Kurzbeschreibung	Durchführung eines über die Beteiligung im Bauleitplanverfahren hinausgehenden öffentlichen Informations- und Beteiligungsprozesses Konzeptionen von gemeinschaftlichen Wohnprojekten und Förderung des sozialen Zusammenlebens im neuen Quartier Transparenter Informationsfluss im Projekt zur Stärkung der Akzeptanz und Bildung von guten Nachbarschaften zum bestehenden Siedlungsbereich „Höhenweg“
5. Zeitrahmen, aktueller Bearbeitungsstand und weitere Bearbeitungsschritte (Meilensteine)	Informationsveranstaltung im Ortsbeirat zum Planungsvorhaben | Aufstellungsbeschluss Beteiligung der Interessierten für gemeinschaftliche Wohnprojekte Konzeptvergabe Beteiligung im Rahmen der Bauleitplanverfahren
6. Voraussichtliche Kosten des Vorhabens	
7. Politische Beschlussgrundlage(n) mit Verlinkung zu Allris	Beschluss der Stadtverordnetenversammlung am 23.11.2018 VO/6502/2018 https://www.marburg.de/allris/vo020.asp?VOLFDNR=15597#searchword

8. Formelle Bürger*innenbeteiligung	Ja → gemäß BauGB
9. Freiwillige Bürger*innenbeteiligung	Informationsveranstaltung Ortsbeirat | Aufstellungsbeschluss für transparenten Informationsaustausch Beteiligung der Interessierten für gemeinschaftliche Wohnprojekte Konzeptvergabe
10. Ansprechpartner*in Fachdienst Vorname, Name (falls gewünscht) Telefon E-Mail Weitere Informationen, Links	FD 61 Stadtplanung und Denkmalschutz Klug, Manuela 06421/ 201 1643 Manuela.Klug@marburg-stadt.de FD 61 Stadtplanung und Denkmalschutz Michelsen, Rose 06421/ 201 1625 Rose.Michelsen@marburg-stadt.de

Titel des Vorhabens	**Soziale Stadt-Investitionen im Quartier Marburg-Ockershausen/Stadtwald und Marburg-Waldtal**
1. Zuständiger FD	FD 61 / Stadtplanung und Denkmalschutz (Federführung/Koordination Investive Maßnahmen) Co-Partner: FB Kinder, Jugend und Familie Federführung/Koordination nicht investive Begleitprogramme(BiWAQ, JustiQ, GWA) und Stadtteilbudget Soziale Stadt
2. Schwerpunktthemen	Städtebauförderung Stadterneuerung Integrative Stadtteilentwicklung
3. Betroffenes Gebiet	Marburg-Ockershausen Stadtwald Marburg-Waldtal (förmlich festgelegte Gebiete innerhalb der Stadtteile)

4. Inhaltliche Kurzbeschreibung	Ziel ist die städtebauliche und soziale Stabilisierung und Weiterentwicklung der beiden Soziale Stadt-Standorte Marburg-Ockershausen-Stadtwald und Marburg-Waldtal in Kooperation mit örtlichen Organisationen (insbesondere GWA, welche die Aufgabe des Quartiersmanagements übernimmt/“Tandem-Struktur“) unter besonderer Beteiligung der Wohnbevölkerung. Weitere Handlungsfelder mit Entwicklungsperspektive: lokale Wirtschaft, Gesundheit, Freizeit, Umwelt
5. Zeitrahmen, aktueller Bearbeitungsstand und weitere Bearbeitungsschritte (Meilensteine)	2014 bis 2024 Beteiligungsorientierte Erarbeitung des Integrierten Städtebaulichen Entwicklungskonzeptes Marburg-Ockershausen/Stadtwald und Waldtal und des Freiraumplanerisch-Städtebaulichen Masterplans Marburg Waldtal. Planungen für zentrale Maßnahmen der Maßnahmenkataloge und erste Umsetzungen. Marburg-Waldtal: Nachbarschaftszentrum Waldtal, Freizeitanlage Fuchspass, Soziale Achse Waldtal, Handlungsfeld Ginseldorfer Weg. Weitere Umsetzung kleinerer baulicher Maßnahmen. Marburg-Ockershausen/Stadtwald: Familienzentrum, Wohnumfeldmaßnahmen „In der Gemoll“, Platzsituationen Alt-Ockershausen. Seit 2017 Einsatz einer Baukolonne insbesondere für private Wohnumfeldmaßnahmen. Weitere Bearbeitungsschritte und Meilensteine: Abschluss o. g. Maßnahmen sowie in Marburg-Waldtal Aufwertung Quartierseingänge „Nord“ und „Süd“ und der Straße „Försterweg“, in Marburg – Ockershausen/Stadtwald Umsetzung Projekt „Ortsmitte Ockershausen“.
6. Voraussichtliche Kosten des Vorhabens	Umsetzung aller genannten Maßnahmen (bis 2024) 17 Mill. €
7. Politische Beschlussgrundlage(n) mit Verlinkung zu Allris	ISEK Marburg-Ockershausen/Stadtwald VO/6286/2018 https://www.marburg.de/allris/vo020.asp?VOLFDNR=15328#searchword

	Freiraumplanerisch-Städtebaulicher Masterplan Marburg-Waldtal 31.08.2018 (SVV): VO/6288/2018 https://www.marburg.de/allris/vo020.asp?VOLFDNR=15330#searchword
8. Formelle Bürger*innenbeteiligung	Einbindung der Ortbeiräte entsprechend HGO
9. Freiwillige Bürger*innenbeteiligung	Arbeitsgruppen, „Runde Tische“ und Bürger*innenversammlungen zur Erarbeitung des ISEKs und des Freiraumplanerisch-Städtebaulichen Masterplans Marburg-Waldtal. Nutzung der genannten Gremien/Organisationsformen bei der Planung und Umsetzung aller größeren investiven Maßnahmen. Systematische Nutzung (Beauftragung) der GWA (Quartiersmanagement) zur Einbindung der Wohnbevölkerung bei der Planung und teilweise auch Umsetzung (private Wohnumfeldmaßnahmen) von investiven Vorhaben und Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit. Einrichtung (Finanzierung) von „Stadtteilwerkstätten“ der GWA, welche u. a. investive Projekte für die Stadtteile umsetzt. Mitmachprojekte bei investiven Projekten Einrichtung von Patenschaften („Kümmerer“-Strukturen) Stadtteilbudget (örtl. Gremium aus Bewohner*innen berät Vorschläge und Finanzierung für kleinere Maßnahmen in den Quartieren)
10. Ansprechpartner*in Fachdienst Vorname, Name (falls gewünscht) Telefon E-Mail Weitere Informationen, Links	Jürgen Kaiser, FD 61 Stadtplanung und Denkmalschutz 06421-2011629 juergen.kaiser@marburg-stadt.de Peter Schmittdiel, FB 5 Kinder, Jugend, Familie 06421-2011126 Peter.schmittdiel@marburg-stadt.de Quartiersmanagement Ockershausen/Stadtwald: Katrin Wendland wendland@ikjg.de Quartiersmanagement Waldtal Britta Stadlmann-Golega

	b.stadlmann@aksb-marburg.de

Titel des Vorhabens	Fortschreibung des Regionalplans Mittelhessen
1. Zuständiger FD	FD 61 Stadtplanung und Denkmalschutz Evtl. aktive Beteiligung von FD 15 – Regional- und Wirtschaftsentwicklung, FD 55 - Wohnungswesen
2. Schwerpunktthemen	Fortschreibung des Regionalplans Mittelhessen hier: Diskussion sektoraler Pläne zur Gewerbe- und Wohnflächenentwicklung mit interessierter Öffentlichkeit
3. Betroffenes Gebiet	Gesamtstadt
4. Inhaltliche Kurzbeschreibung	Zur inhaltlichen Vorbereitung der interessierten Öffentlichkeit sollen im Vorfeld des gesetzlich vorgeschriebenen Verfahrensschritts der Offenlage des Regionalplans Einflussgrößen, Methodik, Modelle und Zielkonflikte bei der Quantifizierung und räumlichen Verteilung notwendiger Flächen – unverbindlich - diskutiert werden. Ziel ist die Sensibilisierung der interessierten Öffentlichkeit für komplexe Zusammenhänge bei der Bemessung und der räumlichen Verteilung künftiger Siedlungserweiterungen.
5. Zeitrahmen, aktueller Bearbeitungsstand und weitere Bearbeitungsschritte (Meilensteine)	4. Quartal 2019 Offenlage des Regionalplanentwurfs wird durch das RP-Gießen terminiert; voraussichtlich 2 Hj. 2020.
6. Voraussichtliche Kosten des Vorhabens	100 € für Getränke 350 € (eventuell) für Zuladung eines externen Experten.
7. Politische Beschlussgrundlage(n) mit Verlinkung zu Allris	Nicht notwendig, da die Informations- und Diskussionsveranstaltung als ein reines Serviceangebot zur Information gedacht ist.

8. Formelle Bürger*innenbeteiligung	Voraussichtlich im 2. Hj. 2020. Terminierung der Offenlage erfolgt durch das RP-Gießen
9. Freiwillige Bürger*innenbeteiligung	Die Informations- und Diskussionsveranstaltungen sind als freiwilliges Angebot zur Information und im weiteren Sinne auch zur Beteiligung zu verstehen.
10. Ansprechpartner*in Fachdienst Vorname, Name (falls gewünscht) Telefon E-Mail Weitere Informationen, Links	FD 61 Stadtplanung und Denkmalschutz Bernd Kintscher Tel: 201-1640 Bernd.kintscher@marburg-stadt.de

Titel des Vorhabens	**Dorfentwicklung in den Außenstadtteilen**
1. Zuständiger FD	FD 61 / Stadtplanung und Denkmalschutz (Federführung / Koordinierung des Förderprogramms) Je nach Förderprojekt Einbeziehung der zuständigen Fachdienste 62 - Gebäudewirtschaft, FD 65 - Hochbau, FD 66 - Tiefbau, FD 67 – Klimaschutz / Stadtgrün, FD 69 Umwelt / Naturschutz
2. Schwerpunktthemen	Dorfentwicklung IKEK Außenstadtteile
3. Betroffenes Gebiet	Außenstadtteile: Bauerbach, Bortshausen, Cyriaxweimar, Dagobertshausen, Dilschhausen, Elnhausen, Ginseldorf, Gisselberg, Haddamshausen, Hermershausen, Michelbach, Moischt, Ronhausen, Schröck, Wehrshausen
4. Inhaltliche Kurzbeschreibung	Die Dorfentwicklung ist ein Förderprogramm des Landes Hessen mit dem Ziel, die Marburger Außenstadtteile als attraktiven und lebendigen Lebensraum zu erhalten und weiterzuentwickeln Marburger Motto: Innenentwicklung vor Außenentwicklung

	Als erster Schritt wurde das Integrierte kommunale Entwicklungskonzept, kurz IKEK, als Richtschnur für den weiteren Prozess in einem Beteiligungsprozess erarbeitet. Die Entwicklung der Themen und die Erarbeitung der Projekte erfolgt in gemeinsamer Arbeit zwischen Bürger*innen, Verwaltung und Fachleuten. Arbeitsgruppen gibt es zu den Themen: Ehrenamtliches Engagement / Entwicklung, Leerstand, Baukultur / Öffentliche Räume und Grün / Kultur / Mobilität. Informationen, Beratung und Förderung von Sanierungs- und Neubauvorhaben in den Bereichen: Traditionelles und Neues Bauen im historischen Umfeld und in den Siedlungsgebieten der 50ger Jahre wird im Rahmen des Programms angeboten.
5. Zeitrahmen, aktueller Bearbeitungsstand und weitere Bearbeitungsschritte (Meilensteine)	Zeitraum des Förderprogramms: 2014 bis 2023 Erstellung IKEK im Zeitraum von 2015 bis 2016 Förderanträge und Umsetzung erster Projekte ab 2017 Die Projekte leiten sich aus dem IKEK ab, werden aber auf die aktuellen Bedürfnisse abgestimmt. Dies gelingt durch den ständigen Austausch zwischen den verschiedenen Akteuren aus Bürgerschaft, Verwaltung und externen Fachleuten. Aktuelle Projekte sind: Umbau eines ehemaligen Feuerwehrgerätehauses zu Gemeinschaftszwecken, funktionale Verbesserung und Sanierung eines Bürgerhauses, Praxis-Workshop Kalkputz, Veranstaltungsreihe zur Unterstützung des ehrenamtlichen Engagements und „Kümmerer“ in den Stadtteilen, die ein Auge auf den drohenden oder vorhandenen Leerstand im Ortskern werfen. Weitere Projekte sind in Vorbereitung
6. Voraussichtliche Kosten des Vorhabens	Im Zeitraum von 2014 bis 2023 Ca. 2 Mio € brutto
7. Politische Beschlussgrundlage(n) mit Verlinkung zu Allris	Beschluss des IKEK mit Finanzrahmen am 01.12.2016 als Planungs- und Investitionsrahmen für die Laufzeit des Dorfentwicklungsprogramms durch die StVV VO/5151/2016 https://www.marburg.de/allris/vo020.asp?VOLFDNR=14075#searchword Beschluss der einzelnen Projekte entsprechend AGA (Allgemeine Geschäftsanweisung) (z.B. Bedarfsanerkennung für Umbau des Feuerwehrgerätehauses am 02.05.2018)

8. Formelle Bürger*innenbeteiligung	Die Bürgermitwirkung und Beteiligung ist im Dorfentwicklungsprozess verankert, aber nicht gesetzlich vorgeschrieben.
9. Freiwillige Bürger*innenbeteiligung	Projekterarbeitung und – umsetzung durch Bürger*innenbeteiligung. Foren zur IKEK-Erarbeitung und zum Austausch Bildung der Arbeitsgruppen: - Entwicklung, Leerstand und Baukultur - Ehrenamtliches Engagement und Dorfgemeinschaft - Kultur und Identität - Öffentliche Räume und Grün - Mobilität und Versorgung Bildung einer Steuerungsgruppe
10. Ansprechpartner*in Fachdienst Vorname, Name (falls gewünscht) Telefon E-Mail Weitere Informationen, Links	FD Stadtplanung und Denkmalschutz Anja Kwiecinski Tel: 06421 201-1642 E-Mail anja.kwiecinski@marburg-stadt.de Maren Wendt Tel: 06421 201-1275 E-Mail Maren.Wendt@marburg-stadt.de Rose Michelsen Tel: 06421 201-1625 E-Mail rose.michelsen@marburg-stadt.de https://www.marburg.de/portal/seiten/dorfentwicklung-marburg-900000705-23001.html

Fachdienst 65 Hochbau

Titel des Vorhabens	**Neubau Feuerwehrhaus Cappel mit Trainingszentrum**
1. Zuständiger FD	FD 37 – Brandschutz FD 65 – Hochbau (Federführung)
2. Schwerpunktthemen	• Neubau Feuerwehrhaus Cappel mit Trainingszentrum • Freiwillige Feuerwehr Cappel • Landesfeuerwehrschule
3. Betroffenes Gebiet	Marburg-Cappel
4. Inhaltliche Kurzbeschreibung	Die Stadt Marburg beabsichtigt auf dem nördlichen Teil des Grundstücks der ehemaligen Hessischen Erstaufnahmeeinrichtung an der Umgehungsstraße den Neubau des Feuerwehrhauses Cappel mit Ausbildungs- und Trainingszentrum für sämtliche Marburger Feuerwehren. Auf dem südlich angrenzenden Grundstück wird das Land Hessen den vorhandenen Gebäudebestand der Erstaufnahmeeinrichtung zur Landesfeuerwehrschule umbauen. Derzeit sind beide Einrichtungen gemeinsam am bestehenden Standort untergebracht. Des Weiteren ist am alten Standort auch die Geschäftsstelle der Hessischen Jugendfeuerwehr zu hause. Das vorhandene Gebäude ist in die Jahre gekommen und sanierungsbedürftig, so dass man sich für einen Neubau entschieden hat. Ursprünglich war beabsichtigt am alten Standort gemeinsam neu zu bauen. Hierzu wurde 2015 ein Architektenwettbewerb durchgeführt. Durch die Errichtung der Holzbauten durch das Land Hessen auf dem Grundstück der Erstaufnahmeeinrichtung hat das Land seine Pläne geändert und im Umbau der Holzhäuser zur Landesfeuerwehrschule eine Nachnutzungsmöglichkeit gefunden. Die Stadt Marburg hat daraufhin ebenfalls den Bauplatz geändert, um die verwandten Nutzungen auch zukünftig an einem Ort zu haben. Die Planungen wurden daraufhin für den neuen Standort neu begonnen. Die Errichtung eines zentralen Trainingszentrums ist für die Aus- und Fortbildung der Feuerwehrkräfte unerlässlich.

	Den Stadtteilfeuerwehren soll ein Trainingszentrum angeboten werden, in dem Standardszenarien für den Übungsbetrieb bereits vorbereitet sind. Dazu ist die Unterbringung von Übungskomponenten an diesem Zentrum notwendig. Die Übungen können selbstständig durch die Stadtteilfeuerwehren durchgeführt werden; der organisatorische Aufwand wird langfristig minimiert, da der Standort „Trainingszentrum“ zentral die Trainingsinfrastruktur bereitstellt. Das Zentrum entlastet hauptamtliche und ehrenamtliche Kräfte.
5. Zeitrahmen, aktueller Bearbeitungsstand und weitere Bearbeitungsschritte (Meilensteine)	Das Projekt befindet sich derzeit in der Entwurfsphase. Mit dem Fachdienst Brandschutz und der Freiwilligen Feuerwehr haben intensive Abstimmungsgespräche stattgefunden. Das Projekt wurde bereits zweimal im Ortsbeirat Cappel vorgestellt und es gab gemeinsam mit der Landesfeuerwehrschule einen öffentlichen Präsentationstermin zur Vorstellung der baulichen Konzeption am Feuerwehrstandort mit Landesfeuerwehrschule für die Bürgerinnen und Bürger. Als nächstes steht die Durcharbeitung der Entwurfsplanung an und nach Beschluss dieser Planung durch den Magistrat die Abgabe des Bauantrages. Baubeginn ist für die zweite Jahreshälfte 2020 vorgesehen. Es ist mit einer Bauzeit von ca. 2 Jahren zu rechnen.
6. Voraussichtliche Kosten des Vorhabens	9.300.000 Euro
7. Politische Beschlussgrundlage(n) mit Verlinkung zu Allris	VO/3515/2014 Bedarfsanerkennung VO/6780/2019 Genehmigung der Vorplanung
8. Formelle Bürger*innenbeteiligung	nein
9. Freiwillige Bürger*innenbeteiligung	Ja, ist im Rahmen des Vorstellungstermins am 5.12.2017 gemeinsam mit der Landesfeuerwehrschule und durch die Vorstellungen im Ortsbeirat erfolgt.
10. Ansprechpartner*in	Frank Lenz (Projektleitung)

Fachdienst Vorname, Name (falls gewünscht) Telefon E-Mail	Fachdienst Hochbau Tel.: 201-6510 Frank.Lenz@marburg-stadt.de
Weitere Informationen, Links	Oliver Kutsch (Fachdienstleitung) Fachdienst Hochbau Tel.: 201-6500 Oliver.Kutsch@marburg-stadt.de

Titel des Vorhabens	**Neubau Familienzentrum Ockershausen/Stadtwald**
1. Zuständiger FD	FD 61 – Stadtplanung FD 58 – Kinderbetreuung FD 67 – Klimaschutz und Stadtgrün FD 65 – Hochbau (Federführung)
2. Schwerpunktthemen	• Neubau Kindertagesstätte mit Krippe im Stadtwald / Ockershausen. • Sozial- und Familienzentrum Ockershausen/Stadtwald • Kita Ockershausen/Stadtwald
3. Betroffenes Gebiet	Marburg – Stadtwald / Ockershausen
4. Inhaltliche Kurzbeschreibung	Das Projekt Sozial- und Familienzentrum Stadtwald wurde im Rahmen des Förderprogramms „Soziale Stadt“ in den Jahren 2012 / 2013 durch die SEG federführend und mit großer Bürgerbeteiligung entwickelt. Entstehen sollte ein Gebäude der Begegnung mit folgenden Nutzungen: • Betreuung – Krippe + Kita • Verwaltungstätigkeiten, Gemeinwesenarbeit – IKJG • Angebote für Jugendliche • Kreativ-, Kultur- und Kochangebote • Café • Räume zum Werken, für Familienfeste etc. Hierbei wurde für das Gebäude Dietrich Bonhoeffer-Straße 18, in dem sich die IKJG bereits befindet, eine Machbarkeitsstudie unter Einbeziehung der beteiligten

	Interessensvertreter durch das Büro Mechsner-Spangenberg und Bonsa erarbeitet. 2017 wurde durch den Fachdienst Hochbau das Gebäude und die angestrebte Nutzung bewertet. Der Umbau und die Sanierung des vorgenannten Bestandgebäudes wurden im Ergebnis als unwirtschaftlich eingestuft. Da sich die gewünschten Nutzungen, bis auf den Betreuungsbedarf der Kinder, bereits zu einem großen Teil im Gebäude der IKJG befanden, empfahl der Fachdienst Hochbau den Neubau einer Kindertagesstätte mit Krippe, in der einige Räume ggf. auch diversen öffentlichen Nutzungen zur Verfügung stehen könnten. Nach Bedarfsüberprüfung mit Beteiligung der Nutzer im Jahr 2017 wurde der Bedarf für den Neubau einer 6-zügigen Kindertagesstätte mit 3 Krippengruppen und 3 Kindergartengruppen 2018 beschlossen. Die Stadt Marburg ist Bauherr. Die IKJG und der Gesamtverband der evangelischen Kirche werden die Träger und Betreiber sein. Die Bettina-von-Arnim-Schule plant auf demselben Grundstück einen eigenen Neubau für Grundschulkinder zu errichten. Der städtische Neubau wird im Wesentlichen durch Fördergelder aus dem Programm „Soziale Stadt“ finanziert. Der Neubau stellt eine Erweiterung des Platzangebotes im Stadtwald dar und soll den in die Jahre gekommenen Altbau in der Graf-von-Stauffenberg-Strasse ersetzen.
5. Zeitrahmen, aktueller Bearbeitungsstand und weitere Bearbeitungsschritte (Meilensteine)	Das Projekt befindet sich im fortgeschrittenen Planungsstadium. Der Bauantrag ist eingereicht, die Ausführungsplanung hat begonnen. Geplante ca. August 2022.
6. Voraussichtliche Kosten des Vorhabens	6.715.000 Euro
7. Politische Beschlussgrundlage(n) mit Verlinkung zu Allris	VO/5779/2017 Bedarfsanerkennung VO/6335/2018 Bedarfsanerkennung Erweiterung VO/6644/2019 Beschluss AGA, Anlage 21, 3.2 VO/6782/2019 Beschluss AGA, Anlage 21, 3.3 + 3.4

8. Formelle Bürger*innenbeteiligung	nein
9. Freiwillige Bürger*innenbeteiligung	2012 / 2013 Beteiligung diverser Interessensgruppen und Bürger in Form von Workshops. 2018 / 2019 Beteiligung und Diskurs am Runden Tisch Marburg- Ockershausen/Stadtwald u.a. mit Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies.
10. Ansprechpartner*in Fachdienst Vorname, Name (falls gewünscht) Telefon E-Mail Weitere Informationen, Links	Kai Heyd (Projektleitung) Fachdienst Hochbau Tel.: 201-6511 Kai.Heyd@marburg-stadt.de Oliver Kutsch (Fachdienstleitung) Fachdienst Hochbau Tel.: 201-6500 Oliver.Kutsch@marburg-stadt.de

Titel des Vorhabens	**Neubau Nachbarschaftszentrum Waldtal**
1. Zuständiger FD	FD 65 – Hochbau (Federführung) FD 61 – Stadtplanung FD 67 – Klimaschutz und Stadtgrün FD 7.1 – Gesunde Stadt
2. Schwerpunktthemen	• Neubau Nachbarschaftszentrum Waldtal • Abbruch St. Martin Haus • Einbeziehung der Freianlagen in das Projekt „Soziale Achse“
3. Betroffenes Gebiet	Marburg – Waldtal
4. Inhaltliche Kurzbeschreibung	Im Rahmen der Förderung der baulichen und sozialen Infrastruktur im Stadtteil Waldtal ist vorgesehen ein Nachbarschaftszentrum zu bauen. Hierzu stehen umfangreiche Fördermittel aus dem Programm „Soziale Stadt“ und „Soziale Integration im Quartier“ zur Verfügung.

	Eine Machbarkeitsstudie aus 2013-14 sah vor, das vorhandene Gebäude „St.-Martin-Haus“ im Waldtal auf verschiedenen Seiten zu erweitern bzw. aufzustocken und zudem einen freistehenden Neubau zu errichten. Angesichts des umfangreichen Raumbedarfs der verschiedenen Nutzer im Stadtteil hat sich dieser ursprünglich geplante Umbau des vorhandenen Bestandes als schwierig und wirtschaftlich nicht sinnvoll herausgestellt. Angesichts dieser Umstände wurde vom Magistrat die Errichtung eines Neubaus beschlossen. Das nun in der Planung befindliche Nachbarschaftszentrum wird ein „Ort der Begegnung“ sein mit vielen Informations- und Beratungsangeboten, Möglichkeiten für Freizeitaktivitäten, einem Gesundheitszentrum, einem Betreuungsangebot für Kinder sowie anderen Unterstützungseinrichtungen. Planungsgrundlage dafür ist die Bedarfsplanung, die mit allen Nutzern im Zeitraum September 2017 bis Mai 2018 erarbeitet wurde und aus einem ausführlichen Raumprogramm und einem Belegungsplan besteht. Als Nutzer wären zu nennen: • Arbeitskreis Soziale Brennpunkte e.V. (AKSB) • St.-Martin-Haus (Caritasverband) • Evangelische Elisabethgemeinde Waldtal • Waldtalgemeinde • FC Waldtal • Burschenschaft Waldtal • Ortsbeirat • Bewohnerinnen und Bewohner des Stadtteils und der Stadt • Gesundheitszentrum, Betreiber n.n. • U.a. Neben der baulichen Planung des Nachbarschaftszentrums kommt der Freiflächenplanung eine große Bedeutung zu. Im Zuge der Neugestaltung der angrenzenden Außenanlagen im Projekt „Soziale Achse“ werden nun auch die Freianlagen des Nachbarschaftszentrums mit eingebunden. So soll eine inhaltliche Vernetzung von Aufgaben und Angeboten auch durch die Freiraumgestaltung erreicht werden, wie beispielsweise die Einbindung der nahegelegenen Lowka´schen Wiese in das städtebauliche Ensemble. Durch das integrierte Gesundheitszentrum soll zum einen die medizinische Versorgung der Bewohner*innen im Waldtal verbessert werden und zum anderen eine systematische Zusammenarbeit mit den Angeboten des Gemeinwesenträgers und Vereinen besser verschränkt werden. Bewohner*innen sollen hier einen zentralen

	Anlaufpunkt für Fragen und Bedarfe rund um die Gesundheit erhalten.
5. Zeitrahmen, aktueller Bearbeitungsstand und weitere Bearbeitungsschritte (Meilensteine)	Baubeginn Mai 2020, Ende der Baumaßnahme IV. Quartal 2021 Das Projekt befindet sich in Leistungsphase 1-2, Grundlagenermittlung und Vorplanung
6. Voraussichtliche Kosten des Vorhabens	7.200.000 Euro
7. Politische Beschlussgrundlage(n) mit Verlinkung zu Allris	VO/6315/2018 Bedarfsanerkennung
8. Formelle Bürger*innenbeteiligung	Nein
9. Freiwillige Bürger*innenbeteiligung	In einem stadtteiloffenen Beteiligungsprozess zwischen Oktober 2012 und März 2014 wurden im Rahmen verschiedener Zusammenkünfte und Beteiligungsformate die Funktionen und Raumbedarfe für das Nachbarschaftszentrum zusammengetragen. Im Zeitraum September 2017 bis Mai 2018 wurde gemeinsam mit den Nutzern die vorhandene Bedarfsplanung überarbeitet und im Mai 2018 den Bewohnerinnen und Bewohnern vorgestellt.
10. Ansprechpartner*in Fachdienst Vorname, Name (falls gewünscht) Telefon E-Mail Weitere Informationen, Links	Michael Bäumner (Projektleitung) Fachdienst Hochbau Tel.: 201-6513 Michael.Baeumner@marburg-stadt.de Oliver Kutsch (Fachdienstleitung) Fachdienst Hochbau Tel.: 201-6500 Oliver.Kutsch@marburg-stadt.de

Titel des Vorhabens	Neubau Wohnungslosenunterkunft
1. Zuständiger FD	FD 55 – Wohnungswesen FD 62 - Grundstücksverkehr FD 65 – Hochbau (Federführung)
2. Schwerpunktthemen	• Neubau Wohnungslosenunterkunft • Übernachtungsheim • Gesamtkonzept zur Wohnungslosenhilfe
3. Betroffenes Gebiet	Marburg – Südviertel / Standort Gisselbergerstraße 35/35a
4. Inhaltliche Kurzbeschreibung	Am Standort Gisselbergerstrasse 35/35A bestehen zahlreiche Angebote für Wohnungslose. Neben der Fachberatung Wohnen und der Tagesaufenthaltsstätte, die durch das Diakonische Werk betrieben werden, gibt es Übernachtungs- und Beratungsmöglichkeiten, die durch die Stadt Marburg angeboten werden. Für eine bedarfsgerechte Weiterentwicklung der Strukturen und der Realisierung von neuen Angeboten in diesem Haus ist eine Erweiterung notwendig. Der bauliche Bestand ist außerdem sanierungsbedürftig. Nachdem die Suche nach einem alternativen Standort für einen Neubau scheiterte, soll am vorhandenen Standort komplett neu gebaut werden oder der Bestand wird saniert und erweitert.
5. Zeitrahmen, aktueller Bearbeitungsstand und weitere Bearbeitungsschritte (Meilensteine)	Aktuell finden bauliche Bewertungen des Bestandes hinsichtlich Brandschutz und Schadstoffen statt. Bis Oktober 2019 sollen Ergebnisse vorliegen, um eine grundlegende Entscheidung für Abbruch oder Erhalt treffen zu können. Umsetzung der Planung 2021-2022
6. Voraussichtliche Kosten des Vorhabens	Ca. 3.250.000 Euro brutto
7. Politische Beschlussgrundlage(n) mit Verlinkung zu Allris	VO/5779/2017 Bedarfsanerkennung

8. Formelle Bürger*innenbeteiligung	Nein
9. Freiwillige Bürger*innenbeteiligung	Nein
10. Ansprechpartner*in Fachdienst Vorname, Name (falls gewünscht) Telefon E-Mail Weitere Informationen, Links	Claudia Voigt (Projektleitung) Fachdienst Hochbau Tel.: 201-6512 Claudia.Voigt@marburg-stadt.de Oliver Kutsch (Fachdienstleitung) Fachdienst Hochbau Tel.: 201-6500 Oliver.Kutsch@marburg-stadt.de

FD 66 Tiefbau

Titel des Vorhabens	**Erneuerung eines Teilstücks der Gutenbergstraße**
1. Zuständiger FD	Fachdienst Tiefbau (66)
2. Schwerpunktthemen	Straßenbau
3. Betroffenes Gebiet	Südliches Stadtgebiet, Südviertel
4. Inhaltliche Kurzbeschreibung	Erneuerung der Gutenbergstraße zwischen Universitätsstraße und Schulstraße
5. Zeitrahmen, aktueller Bearbeitungsstand und weitere Bearbeitungsschritte (Meilensteine)	Das Vorhaben befindet sich derzeit in der Vorplanung.

6. Voraussichtliche Kosten des Vorhabens	200.000 Euro
7. Politische Beschlussgrundlage(n) mit Verlinkung zu Allris	Haushaltsbeschluss
8. Formelle Bürger*innenbeteiligung	Nein
9. Freiwillige Bürger*innenbeteiligung	Weitere Beteiligung ist vor der Ausführung geplant.
10. Ansprechpartner*in Fachdienst Vorname, Name (falls gewünscht) Telefon E-Mail Weitere Informationen, Links	Fachdienst Tiefbau (66) Barfüßerstraße 11 35037 Marburg Telefon: 06421 201-1660 E-Mail: tiefbau@marburg-stadt.de

Titel des Vorhabens	**Erneuerung eines Teilstücks der Neuen Kasseler Straße**
1. Zuständiger FD	FD Tiefbau (66)
2. Schwerpunktthemen	Straßenbau
3. Betroffenes Gebiet	Nördliches Stadtgebiet, Nordviertel
4. Inhaltliche Kurzbeschreibung	Erneuerung der Neuen Kasseler Straße zwischen Zimmermannstraße und Schlosserstraße

5. Zeitrahmen, aktueller Bearbeitungsstand und weitere Bearbeitungsschritte (Meilensteine))	Das Vorhaben befindet sich derzeit in der Vorplanung.
6. Voraussichtliche Kosten des Vorhabens	2,5 Mio. €
7. Politische Beschlussgrundlage(n) mit Verlinkung zu Allris	Bedarfsanerkennung
8. Formelle Bürger*innenbeteiligung	Nein
9. Freiwillige Bürger*innenbeteiligung	Informationsveranstaltungen nach der Vorplanung und vor der Ausführung
10. Ansprechpartner*in Fachdienst Vorname, Name (falls gewünscht) Telefon E-Mail	Fachdienst Tiefbau (66) Barfüßerstraße 11 35037 Marburg Telefon: 06421 201-1660 E-Mail: tiefbau@marburg-stadt.de

Titel des Vorhabens	**Barrierefreier Ausbau des Südbahnhofs**
1. Zuständiger FD	Fachdienst Tiefbau (66)
2. Schwerpunktthemen	ÖPNV, Bahn, Südbahnhof
3. Betroffenes Gebiet	Südliches Stadtgebiet, Südbahnhof

4. Inhaltliche Kurzbeschreibung	Barrierefreier Ausbau der Verkehrsstation
5. Zeitrahmen, aktueller Bearbeitungsstand und weitere Bearbeitungsschritte (Meilensteine)	Entwurfsplanung Ende 2021 Baurecht 2024 Baubeginn
6. Voraussichtliche Kosten des Vorhabens	6 Mio. €
7. Politische Beschlussgrundlage(n) mit Verlinkung zu Allris	Vorplanungsgenehmigung
8. Formelle Bürger*innenbeteiligung	Im Planfeststellungsverfahren
9. Freiwillige Bürger*innenbeteiligung	Bürger*innenbeteiligung ist vor Antragstellung geplant
10. Ansprechpartner*in Fachdienst Vorname, Name (falls gewünscht) Telefon E-Mail	Fachdienst Tiefbau (66) Barfüßerstraße 11 35037 Marburg Telefon: 06421 201-1660 E-Mail: tiefbau@marburg-stadt.de

Titel des Vorhabens	**Sanierung Grüner Wehr**
1. Zuständiger FD	FD 66 - Tiefbau
2. Schwerpunktthemen	Wasserwirtschaft
3. Betroffenes Gebiet	Südviertel / Weidenhausen

4. Inhaltliche Kurzbeschreibung	Sanierung des Grüner Wehres mit Schaffung der Durchgängigkeit bei gleichzeitigem Erhalt des Stadtbildes
5. Zeitrahmen, aktueller Bearbeitungsstand und weitere Bearbeitungsschritte (Meilensteine) *(Bitte nicht mehr als 1500 Zeichen)*	Fertige Genehmigungsplanung, Überprüfung des Sanierungsbedarfs und der Planung durch neues Gutachten mit Schwerpunkt Denkmalschutz, Beauftragung des Gutachtens steht bevor, Vorlage der Ergebnisse des Gutachtens voraussichtlich März 2020.
6. Voraussichtliche Kosten des Vorhabens*)*	4.000 T€
7. Politische Beschlussgrundlage(n) mit Verlinkung zu Allris	Haushalt, Projektgenehmigung 2.3 nach AGA Anlage 21 liegt vor, Magistratsbeschluss Vergabe Gutachten liegt vor..
8. Formelle Bürger*innenbeteiligung	Ja, künftig im Rahmen des Planfeststellungsverfahren durch Obere Wasserbehörde (Regierungspräsidium).
9. Freiwillige Bürger*innenbeteiligung	Im Vorfeld der Planungen wurden der Denkmalbeirat und der Naturschutzbeirat jeweils in den Jahren 2008 und 2017 in die Planungen einbezogen, um eine breite Zustimmung zum Vorhaben zu erreichen. Aufgrund der besonderen Stadtbildbedeutung und Sensibilität des Vorhabens wurde im Mai 2018 eine breite Bürger*innenbeteiligung begonnen. Hierzu wurde ein Workshop durchgeführt, bei dem die Notwendigkeit der Wehrsanierung gem. der bisher vorliegenden Gutachten (1965 –bis 2008), der zu diesem Zeitpunkt vorliegende Planungsstand für eine denkmalgerechte Erneuerung sowie die damit verbundene Landschaftsplanung präsentiert wurde. Anschließend wurden in vier Arbeitsgruppen Fragen der zukünftigen Gestaltung mit allen interessierten Bürger*innen diskutiert. Als Ergebnis des Workshops hat der Magistrat eine neuerliche gutachterliche Beurteilung der Standsicherheit sowie der Sanierungsmöglichkeiten beschlossen. Eine historische Bauuntersuchung ist

	bereits 2018 durch eine umfassende Archivrecherche erfolgt. Die Vorbereitung der Vergabe eines neuerlichen Gutachtens zur Standfestigkeit und Möglichkeiten einer möglichst schonenden, landschafts- und denkmalgerechten Sanierung erfolgte in enger Abstimmung und Übereinstimmung mit einer lokalen Bürgerinitiative, die auch mögliche Gutachter vorgeschlagen hatte. Den Zuschlag erhielt das von der Bürgerinitiative vorgeschlagene Gutachtenbüro im Rahmen einer Bietergemeinschaft. Derzeit (Oktober 2019) erfolgt die abschließende Klärung mit dem Gutachtenbüro über Details der Vertragsgestaltung. Nach Erstellung des Gutachtens ist eine öffentliche Präsentation der Ergebnisse sowie Beteiligung zur Gestaltung einschließlich einzelner baulicher Fragen (z. B. Anlage einer Kanurutsche) sowie der nachfolgenden, wiederherzustellenden Landschaftsgestaltung vorgesehen.
10. Ansprechpartner*in Fachdienst Vorname, Name (falls gewünscht) Telefon E-Mail *(Zur Veröffentlichung als Kontakt für Bürgerinnen und Bürger)* Weitere Informationen, Links	FD 66 Tiefbau Werner Plaßmann Barfüßerstraße 11 35037 Marburg Telefon: 06421 201-1683 Telefax: 06421 201-1786 E-Mail: tiefbau@marburg-stadt.de https://www.marburg.de/portal/seiten/sanierung-gruener-wehr-stand-des-verfahrens-und-buerger-innenbeteiligung-900002022-23001.html

Titel des Vorhabens	**Wasserkraftanlage Lohmühle**
1. Zuständiger FD	FD 66 Tiefbau
2. Schwerpunktthemen	Wasserwirtschaft

3. Betroffenes Gebiet	Südviertel
4. Inhaltliche Kurzbeschreibung	Bau einer Wasserkraftanlage (Wasserrad) am Standort der ehemaligen Lohmühle
5. Zeitrahmen, aktueller Bearbeitungsstand und weitere Bearbeitungsschritte (Meilensteine)	Planfeststellungsbeschluss liegt vor, Förderantragsunterlagen sind erstellt. Umsetzung in 2020 geplant.
6. Voraussichtliche Kosten des Vorhabens	500 T€
7. Politische Beschlussgrundlage(n) mit Verlinkung zu Allris	Haushalt, Projektgenehmigung 2.3 nach AGA Anlage 21 liegt vor
8. Formelle Bürger*innenbeteiligung	Ja, wurde im Rahmen des Planfeststellungsverfahren in 2014 durch Obere Wasserbehörde (Regierungspräsidium) durchgeführt.
9. Freiwillige Bürger*innenbeteiligung	Weitere Beteiligung durch Vorstellung der Planung im Ortsbeirat Südviertel ist im Nov. 2019 vorgesehen. Parallel dazu Pressearbeit in Kooperation mit dem FD Presse- und Öffentlichkeitsarbeit.
10. Ansprechpartner*in Fachdienst Vorname, Name (falls gewünscht) Telefon E-Mail	FD 66 Tiefbau Werner Plaßmann Barfüßerstraße 11 35037 Marburg Telefon: 06421 201-1683 Telefax: 06421 201-1786 E-Mail: tiefbau@marburg-stadt.de

Titel des Vorhabens	**Umsetzung des Radverkehrsplans**
1. Zuständiger FD	Fachdienst 66 Tiefbau Fachdienst 33 Straßenverkehr

2. Schwerpunktthemen	Umsetzung Radverkehrsplan (Radverkehrsplanung Marburg), 3. Fortschreibung
3. Betroffenes Gebiet	Gesamtstadt
4. Inhaltliche Kurzbeschreibung	Der Radverkehrsplan ist sehr umfangreich, er umfasst 194 Maßnahmen und 56 punktuelle Maßnahmen (z.B. Über-/Unterführungen) in der Innenstadt wie auch in den Außenstadtteilen. Er dient als Grundlage des künftigen Handels der Stadt Marburg zur Sicherstellung der weiteren Entwicklung, der Förderung und des Ausbaus des Radverkehrs in Marburg.
5. Zeitrahmen, aktueller Bearbeitungsstand und weitere Bearbeitungsschritte (Meilensteine)	Begonnen wurde bereits mit der Umsetzung des Radverkehrsplans an einigen Stellen, z.B. Elisabethstraße und westliche Bahnhofstraße sowie der Verbesserung der Anbindung Alter Kirchhainer Weg. Eine Priorisierung der nächsten Schritte ist mit Bürger*innenbeteiligung erfolgt. Dies betrifft z.B. Maßnahmen für die verbesserte Anbindung der Lahnberge über Großseelheimer Straße und die Anbindung der westlichen Stadtteile (siehe auch das Vorhaben: Bau eines Radwegs von Görzhausen zum Sellhof / Rotenberg) Die weitere Priorisierung erfolgt sukzessive und in Abstimmung mit dem Vorhaben „Nachhaltiges Verkehrs- und Mobilitätskonzept“
6. Voraussichtliche Kosten des Vorhabens	Abhängig von der Einzelmaßnahmen
7. Politische Beschlussgrundlage(n) mit Verlinkung zu Allris	Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 5.5.2017: 3. Fortschreibung der Radverkehrsplanung der Universitätsstadt Marburg / VO/5357/2017 (https://www.marburg.de/allris/vo020.asp?VOLFDNR=14283) Kennntisnahme der Ergebnisdokumentation des Priorisierungsworkshops zur Umsetzung des Radverkehrsentwicklungsplans am 13.03.2019: VO/6785/2019 (https://www.marburg.de/allris/vo020.asp?VOLFDNR=15933)

8. Formelle Bürger*innenbeteiligung	
9. Freiwillige Bürger*innenbeteiligung	Die 3. Fortschreibung der Radverkehrsplanung der Universitätsstadt Marburg wurde unter Beteiligung von Bürger*innen erarbeitet. Ebenfalls fand zur Priorisierung der Umsetzungsmaßnahmen 2019 ein Bürger*innenworkshop statt. Geplant ist ein halbjährlich stattfindendes Radverkehrsforum als öffentliche Veranstaltung, um die aktuell anstehenden Maßnahmen vorzustellen und zu diskutieren. Zusätzlich Bürgerinformationsveranstaltungen zu anstehenden Maßnahmen
10. Ansprechpartner*in Amt Vorname, Name (falls gewünscht) Telefon E-Mail Weitere Informationen, Links	Fachdienst Tiefbau 66 Fachdienst Straßenverkehr 33 https://www.marburg.de/portal/seiten/radverkehrsplanung-marburg-900001291-23001.html

Titel des Vorhabens	**Bau eines Radwegs von Görzhausen zum Sellhof / Rotenberg**
1. Zuständiger FD	Fachdienst 66 Tiefbau
2. Schwerpunktthemen	Bau eines Radwegs von Görzhausen entlang der K 79 Michelbacher Straße, L 3092, K 80, K 72 Oberer Rotenberg zum Sellhof / Rotenberg
3. Betroffenes Gebiet	Görzhausen, Marbach, Michelbach, Rotenberg, Wehrshausen
4. Inhaltliche Kurzbeschreibung	Maßnahmen aus der 3. Fortschreibung des Radverkehrsplans:

	Maßnahmen-Nr.12 (Von Michelbach, Görzhäuser Hof nach Michelbach, Kreisverkehr L3092 entlang Görzhäuser Weg) Maßnahmen-Nr. 13 L3092 von Michelbach , Kreisverkehr Görzhäuser Hof nach Marbach Maßnahmen-Nr.167 K80 von L3092 Michelbach und K72 Wehrshausen Maßnahmen-Nr.23/24 K72 Oberer Rotenberg
5. Zeitrahmen, aktueller Bearbeitungsstand und weitere Bearbeitungsschritte (Meilensteine)	Machbarkeitsstudie, Vorplanung
6. Voraussichtliche Kosten des Vorhabens	5 Einzelvorhaben
7. Politische Beschlussgrundlage(n) mit Verlinkung zu Allris	Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 5.5.2017: 3. Fortschreibung der Radverkehrsplanung der Universitätsstadt Marburg / VO/5357/2017 (https://www.marburg.de/allris/vo020.asp?VOLFDNR=14283) Kennntisnahme der Ergebnisdokumentation des Priorisierungsworkshops zur Umsetzung des Radverkehrsentwicklungsplans am 13.03.2019: VO/6785/2019 (https://www.marburg.de/allris/vo020.asp?VOLFDNR=15933)
8. Formelle Bürger*innenbeteiligung	
9. Freiwillige Bürger*innenbeteiligung	Öffentliche Bürgerinformationsveranstaltung
10. Ansprechpartner*in Fachdienst Vorname, Name (falls gewünscht) Telefon	FD 66 Tiefbau

E-Mail Weitere Informationen, Links	

FD 67 Klimaschutz, Stadtgrün und Friedhöfe

Titel des Vorhabens	**Klimawandel in Marburg: Hitze, Frischluft, Starkregen**
1. Zuständiger FD	67 Klimaschutz, Stadtgrün und Friedhöfe (Federführung), 61 Stadtplanung, Stadtwerke Marburg
2. Schwerpunktthemen	- Anpassung an die Folgen des Klimawandels - Stadtklimaanalyse - Niederschlags-Abfluss Simulation
3. Betroffenes Gebiet	Das gesamte Stadtgebiet
4. Inhaltliche Kurzbeschreibung	Die Universitätsstadt Marburg und die Stadtwerke Marburg lassen ein gemeinsames Anpassungskonzept an die Folgen des Klimawandels erstellen. Im Konzept wird eine Stadtklimaanalyse und eine Niederschlags-Abfluss Simulation erstellt. Auf Grundlage der Situationsanalyse werden Maßnahmenvorschläge entwickelt. Dabei werden Synergieeffekte genutzt.
5. Zeitrahmen, aktueller Bearbeitungsstand und weitere Bearbeitungsschritte (Meilensteine)	Das Konzept soll zwischen Herbst 2019 und Herbst 2021 erstellt werden. Zurzeit läuft das Vergabeverfahren.
6. Voraussichtliche Kosten des Vorhabens	Die voraussichtlichen Kosten werden zwischen 200.000 und 240.000 Euro betragen.
7. Politische Beschlussgrundlage(n) mit Verlinkung zu Allris	Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 17.5.2015: VO/4065/2015 Ergänzung des Integrierten Klimaschutzkonzepts (https://www.marburg.de/allris/vo020.asp?VOLFDNR=12994#searchword)

8. Formelle Bürger*innenbeteiligung	nein
9. Freiwillige Bürger*innenbeteiligung	Die Ergebnisse sollen öffentlich vorgestellt werden.
10. Ansprechpartner*in Fachdienst Vorname, Name (falls gewünscht) Telefon E-Mail Weitere Informationen, Links	Wiebke Smeulders Klimaschutz, Stadtgrün und Friedhöfe 06421 201 1936 Wiebke.Smeulders@marburg-stadt.de Marburg.de/Klimaschutz

Titel des Vorhabens	**Klima-Aktionsplan 2030**
1. Zuständiger FD	FD 69 Umwelt, Naturschutz, Fairer Handel, Abfallwirtschaft , Fachbereich 6 (Planen, Bauen, Umwelt) und weitere Fachdienste
2. Schwerpunktthemen	Roadmap zur Erreichung der stadtgebietsweiten Klimaneutralität bis 2030
3. Betroffenes Gebiet	Das gesamte Stadtgebiet
4. Inhaltliche Kurzbeschreibung	Mit der Ausrufung des Klimanotstands am 28.06.2019 wurde die Erstellung eines Klima-Aktionsplans 2030 mit Bürger*innenbeteiligung beschlossen. Der Aktionsplan soll nach derzeitigem Stand vier Ebenen enthalten: individuelle und gemeinschaftliche Handlungsmöglichkeiten der Zivilgesellschaft, Handlungsmöglichkeiten der Zivilgesellschaft und Stadtverwaltung, Handlungsmöglichkeiten der Stadtverwaltung, erforderliche Rahmenbedingungen von Land und Bund.
5. Zeitrahmen, aktueller Bearbeitungsstand und weitere	Das Konzept wird seit Herbst 2019 erstellt. Ein erster Entwurf soll Anfang 2020 vorliegen. Es wurde bereits eine Verwaltungsarbeitsgruppe gegründet. Am

Bearbeitungsschritte (Meilensteine)	08.11.2019 findet die Auftaktveranstaltung im TTZ statt.
6. Voraussichtliche Kosten des Vorhabens	Die Erarbeitung erfolgt zurzeit mit der in Bürgerschaft und Verwaltung vorhandenen Expertise. Zur weiteren Erarbeitung wird voraussichtlich externe Expertise benötigt und ein Büro beauftragt werden.
7. Politische Beschlussgrundlage(n) mit Verlinkung zu Allris	VO/6829/2019 in der vom Oberbürgermeister eingebrachten und mit der Klimagruppe Marburg abgestimmten Fassung (https://www.marburg.de/allris/vo021.asp)
8. Formelle Bürger*innenbeteiligung	nein
9. Freiwillige Bürger*innenbeteiligung	Der Klima-Aktionsplan 2030 wird zusammen mit den Bürger*innen erarbeitet. Bereits die Beschlussvorbereitung erfolgte auf Grundlage einer aus der Bürgerschaft stammenden Initiative und in Abstimmung mit der „Klimagruppe Marburg“.
10. Ansprechpartner*in Fachdienst Vorname, Name (falls gewünscht) Telefon E-Mail Weitere Informationen, Links	Wiebke Smeulders Klimaschutz, Stadtgrün und Friedhöfe 06421 201 1936 Wiebke.Smeulders@marburg-stadt.de www.Marburg.de/Klimaschutz

Fachdienst 69 Umwelt- und Naturschutz, Fairer Handel, Abfallwirtschaft

Titel des Vorhabens	Lahnauenpark
1. Zuständiger FD	FD 69 Umwelt- und Naturschutz, Fairer Handel, Abfallwirtschaft FD 69.2 Untere Naturschutzbehörde FD 61 Stadtplanung und Denkmalschutz
2. Schwerpunktthemen	Lahn-Renaturierung Freizeit- und Erholungsnutzung

	Hochwasserschutz
3. Betroffenes Gebiet	Kernstadt Lahnabschnitt zwischen Campingplatz und Schützenpfuhlbrücke (ca. 650 m Länge), Lahnwiesen zwischen Bückingsdamm und B3a.
4. Inhaltliche Kurzbeschreibung	Aufgrund der Lahnstudie (2008) sowie des Lahnberichts (2017) im Zusammenhang mit der Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie sind Gewässer in einen guten ökologischen Zustand zu überführen. Aus städtebaulicher Sicht sind darüber hinaus Verbesserungen für die Freizeit- und Erholungsnutzung in diesem Bereich der Lahn anzustreben. Eine Machbarkeitsstudie hat einen Vorentwurf für eine mögliche ökologische Aufwertung im Sinne eines Naherholungsgebiets erstellt.
5. Zeitrahmen, aktueller Bearbeitungsstand und weitere Bearbeitungsschritte (Meilensteine)	Auf Grundlage der Machbarkeitsstudie werden derzeit die Fördermöglichkeiten geprüft. Eine Umsetzung der Maßnahme kann erst nach Abschluss möglicher Bauarbeiten am Grüner Wehr stattfinden. Daran schließen sich die notwendige Pegelverlegung sowie einjährige Referenz-Messungen an. Darüber hinaus ist ein Genehmigungsverfahren (Planfestellung/-genehmigung) erforderlich sowie die Ausschreibung der Maßnahme, d.h. eine Umsetzung vor 2022/23 ist wenig realistisch.
6. Voraussichtliche Kosten des Vorhabens	Ca. 3 Mio €.
7. Politische Beschlussgrundlage(n) mit Verlinkung zu Allris	Steht aufgrund der Frühzeitigkeit des Vorhabens noch aus.
8. Formelle Bürger*innenbeteiligung	nein
9. Freiwillige Bürger*innenbeteiligung	Ja. Zunächst ist jedoch Grundsatzbeschluss des Magistrats erforderlich. Ein Beteiligungskonzept liegt auf Grund des frühen Bearbeitungsstandes und noch fehlender Beschlussfassungen noch nicht vor.

10. Ansprechpartner*in Fachdienst Vorname, Name (falls gewünscht) Telefon E-Mail	Fachdienstleiter Umwelt- und Naturschutz Jochen Friedrich 201-1405 Jochen.friedrich@marburg-stadt.de Untere Naturschutzbehörde Ortrud Simon 201-1709 ortrud.simon@marburg-stadt.de FD Stadtplanung Bernd Nützel 201-1646 bernd.nuetzel@marburg-stadt.de Pläne und aktuelle Informationen werden auf der homepage der Stadt Marburg eingestellt.

Fachbereich 7

Fachdienst 15 Referat für Stadt-, Regional- und Wirtschaftsentwicklung

Titel des Vorhabens	Zukunftskonzept Oberstadt
1. Zuständiger FD	FD 15 Stadt-, Regional- und Wirtschaftsentwicklung In Kooperation mit FBL7, FD 7.2 – Bürger*innenbeteiligung, FD 41 - Kultur, FD 61 – Stadtplanung und Denkmalschutz, FD 32 – Gefahrenabwehr und Gewerbe, FD 13 – Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
2. Schwerpunktthemen	Quartier, Oberstadt, Beteiligung
3. Betroffenes Gebiet	Oberstadt (Gebiet, welches dem Ortsbeirat Altstadt zugeordnet ist, plus unmittelbar angrenzende Bereiche)
4. Inhaltliche Kurzbeschreibung	Die Marburger Oberstadt ist mit ihrem historischen Marktplatz und dem Landgrafenschloss Prunkstück und Aushängeschild der Universitätsstadt. Die vielen kleinen Gässchen mit originellen Geschäften, pittoresken baulichen Details und malerischen Perspektiven sind ein Magnet für Tourist*innen und locken auch Besucher*innen aus dem näheren und weiteren Umfeld immer wieder an. Doch in der Oberstadt wird auch gearbeitet und gelebt. Auch hier gibt es Leerstand und es gilt, verschiedene Nutzungsarten und Interessensgruppen zu arrangieren. Außerdem bringen die steile Lage am Schlossberg und die durch den historischen Baustil bedingte Enge im Quartier besondere Herausforderungen mit sich – sei es die Erreichbarkeit, der Verkehr, die Barrierefreiheit oder bauliche Schwierigkeiten. Deshalb haben die Marburger Stadtverordneten die Erarbeitung eines Zukunftskonzeptes beschlossen, das unter Beteiligung sämtlicher Akteursgruppen aus der Oberstadt entstehen soll – „Ein Quartier für alle“ ist das Motto. In der Oberstadt soll alles möglich sein, was ein lebenswertes Quartier auszeichnet: Leben, genießen, gestalten, arbeiten, wohlfühlen, begegnen, verweilen, erneuern, sicher fühlen, erleben, einkaufen, mobil sein, entfalten, entdecken.

	Das Zukunftskonzept Oberstadt wird Ende 2020 fertig sein und ist das Ergebnis aus der Beteiligung aller, die ihre Ideen in der Zeit bis dahin einbringen. Gesteuert wird das Projekt von einer Koordinierungsgruppe, aus Vertreter*innen sämtlicher Akteursgruppen in der Oberstadt sowie Teilen der Stadverwaltung und der Projektpartner FIRU GmbH aus Kaiserslautern.
5. Zeitrahmen, aktueller Bearbeitungsstand und weitere Bearbeitungsschritte (Meilensteine)	6/2019-12/2020 Aktivierung der Akteure (August/September/Oktober 2019) Weitere Bearbeitungsschritte: Bestandsaufnahme (Herbst 2019) Ideen und Visionen (Winter 2019/20) Veranstaltungen (Frühjahr/Sommer 2020) Fertigstellung Zukunftskonzept (Herbst 2020).
6. Voraussichtliche Kosten des Vorhabens	140.000 EUR
7. Politische Beschlussgrundlage(n) mit Verlinkung zu Allris	Beschluss der Stadtverordnetenversammlung VO/5800/2017, https://www.marburg.de/allris/vo020.asp?VOLFDNR=14758#searchword
8. Formelle Bürger*innenbeteiligung	nein
9. Freiwillige Bürger*innenbeteiligung	Ja Für die Bürger*innen, Gewerbetreibenden und Immobilienbesitzer*innen gibt es eine Vielzahl von Möglichkeiten, sich zu beteiligen. Beteiligungsmöglichkeiten sind: • Aktionstage mit dem Roten Sofa • Stadtspaziergang • Befragungen • Runde Tische • Perspektivenwerkstatt • Familiencafé • Studierendenparty • Eigentümer*innen-Stammtisch • Business-/Kreativlunch • Real-Labor
10. Ansprechpartner*in	

Fachdienst Vorname, Name (falls gewünscht) Telefon E-Mail Weitere Informationen, Links	FD 15 Stadt-, Regional- und Wirtschaftsentwicklung 06421 201-1326 oberstadt@marburg-stadt.de www.marburg.de/oberstadt

Fachdienst 16 Gleichberechtigungsreferat

Titel des Vorhabens	**Umsetzung des Zweiten Marburger Aktionsplans für die Europäische Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene**
1. Zuständiger FD	Gleichberechtigungsreferat der Universitätsstadt Marburg (FD 16) Mitwirkung von 16 städtischen Fachdiensten in allen Fachbereichen und 20 Vereinen, Initiativen oder Kooperationspartner*innen der Stadtgesellschaft
2. Schwerpunktthemen	Gleichberechtigung, Frauen und Männer, Aktionsplan EU-Charta
3. Betroffenes Gebiet	Gesamtstadt, Stadtverwaltung
4. Inhaltliche Kurzbeschreibung	Ziel der EU-Charta zur Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene ist es, flächendeckend in Europa die gleichen Handlungsansätze der Gleichstellungspolitik einzusetzen und damit der Gleichstellungspolitik eine stärkere Schubkraft und Akzeptanz zu sichern. Der Zweite Aktionsplan wird im August 2019 der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung vorgelegt. Er hat eine Laufzeit von 2 Jahren (2019-2021) und beinhaltet 32 Maßnahmen in den Schwerpunkten: • Den Haushalt fair-teilen • Erwerbsbeteiligung • Geschlechterspezifische Medizin und Versorgung

	• Geschlechterarbeit mit Jungen • Umsetzung der Istanbul-Konvention • Unterstützung für alleinerziehende Menschen • Politische Beteiligung • Stadt als Arbeitgeberin • Teilhabe von Frauen und Mädchen mit Beeinträchtigungen • Vereinbarkeit von Pflege und Beruf
5. Zeitrahmen, aktueller Bearbeitungsstand und weitere Bearbeitungsschritte (Meilensteine)	Nach Beschlussfassung des Zweiten Aktionsplans werden die Maßnahmen durch die jeweils federführenden Fachdienste umgesetzt. Das Gleichberechtigungsreferat legt Ende 2020 einen Zwischenbericht über den Umsetzungsstand vor. Die Ergebnisse und Wirkungen des Zweiten Marburger Aktionsplans EU-Charta werden Ende 2021 ausgewertet und dem Magistrat und der Stadtverordnetenversammlung berichtet. Auf dieser Grundlage wird der ab 2022 folgende Aktionsplan erarbeitet.
6. Voraussichtliche Kosten des Vorhabens	Es handelt sich um eine neue umfassende Aufgabe. Für deren konsequente Umsetzung werden in der Zukunft Haushaltsmittel benötigt, die im Einzelfall im Rahmen der haushaltspolitischen Entscheidungen bzw. durch entsprechende Beschlussfassungen der Gremien (gesonderte Magistratsvorlagen) einzuplanen sind. Die geplanten Gesamtkosten belaufen sich für die Haushaltsjahre 2020-2021 auf rund 437.000 Euro (zzgl. beantragter Fördermittel in Höhe von rund 235.000 Euro).
7. Politische Beschlussgrundlage(n) / Verlinkung	Kenntnisnahme Abschlussbericht zum Ersten Marburger Aktionsplan EU-Charta durch Stadtverordnetenversammlung: 30.08.2019 VO/6928/2019 Zur Magistratsvorlage: https://www.marburg.de/allris/vo020.asp?VOLFDNR=16098 Beschluss Zweiter Marburger Aktionsplan EU-Charta durch Stadtverordnetenversammlung: 30.08.2019 VO/6927/2019 Zur Magistratsvorlage: https://www.marburg.de/allris/vo020.asp?VOLFDNR=16097 Beschluss zur Unterzeichnung der Europäischen Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern durch Stadtverordnetenversammlung: 27.06.2014 VO/3204/2014

	zur Magistratsvorlage: https://www.marburg.de/allris/vo020.asp?VOLFDNR=12147 Beschluss Erster Marburger Aktionsplan EU-Charta durch Stadtverordnetenversammlung: 31.03.2017 VO/5428/2017 zur Magistratsvorlage: https://www.marburg.de/allris/vo020.asp?VOLFDNR=14354 Kenntnisnahme Zwischenbericht zum Umsetzungsstand des Ersten Marburger Aktionsplans EU-Charta durch Stadtverordnetenversammlung: 23.03.2018 VO/6127/2018 zur Magistratsvorlage: https://www.marburg.de/allris/to020.asp?TOLFDNR=78526 Beschluss zur Empfehlung der Gleichstellungskommission zum Zweiten Marburger Aktionsplan für die EU-Charta durch Magistrat:17.01.2019 VO/6616/2019
8. Formelle Bürger*innenbeteiligung	nein
9. Freiwillige Bürger*innenbeteiligung	Die EU-Charta legt als einen Grundsatz die ausgewogene Mitwirkung von Frauen und Männern an Entscheidungsprozessen fest, ohne die Art der Beteiligung näher zu konkretisieren. Die Erarbeitung fand unter Beteiligung von Fachpersonen aus der Stadtverwaltung und Akteur*innen aus der Stadtgesellschaft statt. Im Rahmen der Umsetzung bestimmter Maßnahmen ist Bürger*innenbeteiligung vorgesehen. Geeignete Beteiligungsformate werden mit den jeweiligen Projektleitungen abgestimmt.
10. Ansprechpartner*in Amt Vorname, Name Telefon E-Mail Weitere Informationen, Links	 Gleichberechtigungsreferat Dr. Christine Amend-Wegmann 06421/201 1909 christine.amend-wegmann@marburg-stadt.de Gleichberechtigungsreferat Laura Griese 06421/201 1355 laura.griese@marburg-stadt.de www.marburg.de/eu-charta

FD 41 Kultur

Titel des Vorhabens	Nachhaltige Kulturentwicklungsplanung
1. Zuständiger FD	FD 41 Kultur
2. Schwerpunktthemen	Kulturentwicklung, Nachhaltigkeitsstrategie, Nachhaltige Kulturförderung
3. Betroffenes Gebiet	Gesamtstadt
4. Inhaltliche Kurzbeschreibung	Mit einer Nachhaltigen Kulturentwicklungsplanung trägt der Fachdienst 41 im Rahmen seiner Mittel zur Umsetzung der Agenda 2030 zur Transformation zu nachhaltiger Entwicklung bei. Dabei verfolgt er einen gesamtgesellschaftlichen Ansatz, der die Entwicklung zu einer nachhaltigen Gesellschaft als Balance der drei Nachhaltigkeitsdimensionen Sozial, Ökologisch und Ökonomisch versteht. Deshalb ist auch bei der Entwicklung einer kulturellen Nachhaltigkeitsstrategie Partizipation ein zentrales Anliegen: in den gesellschaftlichen Transformationsprozess müssen zu den Kulturakteuren und der Politik selbst auch die Wirtschaft und die Zivilgesellschaft einbezogen werden, um Ziele, Maßnahmen und Projekte für eine nachhaltige Kulturarbeit zu entwickeln.
5. Zeitrahmen, aktueller Bearbeitungsstand und weitere Bearbeitungsschritte (Meilensteine)	Eine Bedarfs- und Bestandsanalyse sowie die Entwicklung eines Arbeits- und Zeitplans sind erfolgt. Handlungsfelder wurden definiert. (Mai-Okt.) Nächste Schritte: Ab Nov. 19 Vorstellung der Ergebnisse im Kulturforum Nov 19.-Feb 20 Partizipative Entwicklung eines Maßnahmen und Aktionsplans März 20. Beschlussfassungen durch die Politik Umsetzung erster Maßnahmen
6. Voraussichtliche Kosten des Vorhabens	10.000 €
7. Politische Beschlussgrundlage(n) mit Verlinkung zu Allris	Politische Beschlussvorlagen liegen aufgrund der Frühzeitigkeit der Planung noch nicht vor.

8. Formelle Bürger*innenbeteiligung	Nein
9. Freiwillige Bürger*innenbeteiligung	Ja Zur Entwicklung einer kulturellen Nachhaltigkeitsstrategie soll 2019-2020 mithilfe von Bürgerbeteiligungen in Workshops, Vorträgen, mit digitalen Angeboten und in Vernetzungstreffen etc. partizipativ Vorschläge erarbeitet werden zu Umsetzungsmitteln, Instrumenten, Infrastrukturen und Projekten, die dann die Grundlage für eine nachhaltige Kulturarbeit bilden.
10. Ansprechpartner*in Fachdienst Vorname, Name (falls gewünscht) Telefon E-Mail Weitere Informationen, Links	FD 41 Kultur Ruth Fischer 06421 / 201 1467 kultur@marburg-stadt.de

Titel des Vorhabens	**Bedarfsprüfung Theaterneubau**
1. Zuständiger FD	FD 41 Kultur FD 65 Hochbau, FD 61 Stadtplanung und Denkmalsschutz, Stadtentwicklungsgesellschaft
2. Schwerpunktthemen	Kulturstandorte, Sanierung, Theaterneubau
3. Betroffenes Gebiet	Gesamtstadt
4. Inhaltliche Kurzbeschreibung	Das Theatergebäude am Schwanhof bietet mittelfristig wenig Perspektive als Kulturstandort des Hessischen Landestheaters Marburg. Die Gebäude haben Sanierungsbedarf und entsprechen als ehemaliges Kasino nur bedingt den Erfordernissen eines zeitgemäßen Theaters. Das Erwin-Piscator-Haus als zweiter Standort des Theaters ist nach seiner Sanierung so gut ausgelastet, dass es auf zusätzliche Bedarfe des Theaters nicht reagieren kann. Vor diesem Hintergrund ist eine Prüfung möglicher anderer

	Lösungen (Sanierung / Bau) und Standorte für 2020 geplant.
5. Zeitrahmen, aktueller Bearbeitungsstand und weitere Bearbeitungsschritte (Meilensteine)	Bedarfsanalyse Bedarfsanerkennung Standortprüfung
6. Voraussichtliche Kosten des Vorhabens	10.000 €
7. Politische Beschlussgrundlage(n) mit Verlinkung zu Allris	Politische Beschlussvorlagen liegen aufgrund der Frühzeitigkeit der Planung noch nicht vor.
8. Formelle Bürger*innenbeteiligung	Nein
9. Freiwillige Bürger*innenbeteiligung	Ja Im Rahmen des öffentlichen Kulturforums wird die Frage von Kulturräumen und Kulturstandorten im kommenden Jahr diskutiert. Dazu wird es verschiedene Beteiligungsformate wie die Beteiligung an einem Raumkataster und an Workshops zum Thema Kulturstandorte geben, die in die ersten Prüfungen einfließen.
10. Ansprechpartner*in Fachdienst Vorname, Name (falls gewünscht) Telefon E-Mail Weitere Informationen, Links	FD 41 Kultur Ruth Fischer 06421 2011467 kultur@marburg-stadt.de

7.1 Gesunde Stadt

Titel des Vorhabens	KOMBINE (Kommunale Bewegungsförderung zur Implementierung der Nationalen Bewegungsempfehlung)
1. Zuständiger FD	FD 7.2 Gesunde Stadt und FD 42 Sport Mitarbeit von 7 städtischen Fachdiensten
2. Schwerpunktthemen	Kommunale Bewegungsförderung KOMBINE Gesundheitsförderung
3. Betroffenes Gebiet	Gesamtes Marburger Stadtgebiet Fokus auf Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf
4. Inhaltliche Kurzbeschreibung	Modellhafte Entwicklung und Umsetzung von Ansätzen der kommunalen Bewegungsförderung, die einen besonderen Fokus auf die Bewegungsförderung bei sozial benachteiligten Bevölkerungsgruppen legen. Es sollen, nach einer Bestandaufnahme der bereits vorhandenen Angebotsstruktur, Netzwerke entstehen, die vorhandene mit neu zu entwickelten Maßnahmen verknüpfen. Es sollen niedrigschwellige Angebote entstehen, die es ermöglichen, sowohl die Alltagsbewegung zu fördern als auch vorhandene Bewegungsangebote so zu gestalten, dass mehr Menschen dazu einen Zugang finden. Dies bezieht beispielsweise Bewegungsförderung in Schule, Kita, Bildungsträger, Sportvereine genauso ein wie der Ausbau von Bewegungsangeboten auf Freiflächen und in Hallen. Vorhandene Konzepte wie z.B. die der Altenplanung oder die Gesundheitsziele mit der Initiative „Gesundheit fördern – Versorgung stärken“ werden einbezogen. In den Prozess und die Umsetzung sind über die Steuerungsgruppe relevante Fachdienste der Verwaltung, ein freier Träger der Gemeinwesenarbeit und der Sportkreis Marburg-Biedenkopf eingebunden. Über eine Kooperative Planungsgruppe sind sowohl Initiativen, Freie Träger, Seniorenbeirat, Behindertenbeirat, KiJuPa, Gesundheitsamt, Bürger*innenbeteiligung und Vereine als auch Bürger*innen aus den Stadtteilen Richtsberg, Waldtal und Stadtwald eingebunden.

5. Zeitrahmen, aktueller Bearbeitungsstand und weitere Bearbeitungsschritte (Meilensteine)	2019 werden durch eine Prozessbegleitung mit der FAU (Friedrich-Alexander Universität Erlangen-Nürnberg) erste Schritte mit der Einrichtung einer Steuerungsgruppe und einer Kooperativen Planungsgruppe umgesetzt. Eine weitreichende Bestandaufnahme vorhandener Bewegungsangebote und -möglichkeiten in der Gesamtstadt wird durchgeführt. In der Perspektive ist die Umsetzung struktureller Maßnahmen zum Aufbau eines Netzwerkes geplant. Dem folgen Entwicklungen von Maßnahmen zu bewegungsförderlichen Strukturen und Angeboten in der Stadt Marburg.
6. Voraussichtliche Kosten des Vorhabens	Bis zu 250.000 € über einen Zeitraum von 5 Jahren. Förderung durch die GKV/ BzgA mit prozentualem Eigenmittelanteil
7. Politische Beschlussgrundlage(n) mit Verlinkung zu Allris	Gesundheitsziele im Rahmen der Initiative „Gesundheit fördern – Versorgung stärken“.
8. Formelle Bürger*innenbeteiligung	nein
9. Freiwillige Bürger*innenbeteiligung	
10. Ansprechpartner*in Fachdienst Vorname, Name (falls gewünscht) Telefon E-Mail	Susanne Hofmann Rahel Häcker FD 7.1 Gesunde Stadt 06421 2011945 Björn Backes FD 42 Sport Kombine@marburg-stadt.de

Titel des Vorhabens	Gründung eines Ernährungsrates
1. Zuständiger FD	FD 7.1 Gesunde Stadt in Kooperation mit: FD 69 Umwelt- und Naturschutz, Fairer Handel und Abfallwirtschaft
2. Schwerpunktthemen	Ernährungsrat, nachhaltige Ernährung, regionale Lebensmittel, regionale Wirtschaft
3. Betroffenes Gebiet	Gesamtstadt und Umland
4. Inhaltliche Kurzbeschreibung	Ziel des Ernährungsrates ist es, die Versorgung der Bevölkerung mit regionalen, nachhaltig produzierten Lebensmitteln auszuweiten. Gleichzeitig soll der Prozess der Bewusstseinsbildung für gesunde Ernährung und nachhaltige Lebensmittelproduktion gefördert werden. Globale wie regionale Zusammenhänge, die mit der Produktion von Lebensmitteln und unserer Ernährungsform zusammenhängen, wie beispielsweise: die Auswirkungen verschiedener landwirtschaftlicher Wirtschaftsformen auf unser Ökosystem (entstanden unter anderem als Folge unseres Einkaufverhaltes) sollen aufgezeigt und Alternativen aufgezeigt werden. Ein weiterer Fokus liegt auf der Steigerung der Wertschätzung für unsere Nahrungsmittel und damit einhergehend für die landwirtschaftlichen Produzent*innen. Dieses Ziel soll erreicht werden in enger Zusammenarbeit einer Vielfalt von Akteur*innen aus: Stadtverwaltung, Schulen, Kitas, den landwirtschaftlichen Erzeugerbetrieben, Vereinen, den Leader-Regionen und NGOs. Sie alle arbeiten mit engagierten Bürger*innen/Einzelpersonen daran, den Ernährungsrat zu gründen und später mit konkreten Projekten lebendig werden zu lassen.
5. Zeitrahmen, aktueller Bearbeitungsstand und weitere Bearbeitungsschritte (Meilensteine)	Die Gründung ist für Anfang 2020 geplant. Der Ernährungsrat soll, einmal gegründet, ein langfristig wirkendes Gremium werden.
6. Voraussichtliche Kosten des Vorhabens	5.000 €

(Schätzung der Gesamtkosten)	
7. Politische Beschlussgrundlage(n) mit Verlinkung zu Allris	
8. Formelle Bürger*innenbeteiligung	nein
9. Freiwillige Bürger*innenbeteiligung	Seit der ersten großen Auftaktveranstaltung mit Valentin Thurn am 26. August 2019 sind alle Veranstaltungen zur „Initiative der Gründung eines Ernährungsrates“ öffentlich und alle Bürger*innen sind eingeladen daran teilzunehmen. Das Konzept der Ernährungsräte basiert grundsätzlich darauf bzw. hat explizit einen Fokus darauf, dass Bürger*innen sich aktiv einbringen.
10. Ansprechpartner*in Fachdienst Vorname, Name (falls gewünscht) Telefon E-Mail *(Zur Veröffentlichung als Kontakt für Bürgerinnen und Bürger)* Weitere Informationen, Links *(ggf. auch Projektseiten)*	Susanne Hofmann FD 7.1 Gesunde Stadt 06421 201 1475 Andrea Heinz FD 69 Umwelt- und Naturschutz, Fairer Handel und Abfallwirtschaft 06421 201 1403 Erneahrungsrat@marburg-stadt.de

7.2 Koordinierungsstelle Bürger*innenbeteiligung

Titel des Vorhabens	Konzept für Dialog und Vielfalt – Gegen Rassismus, Ausgrenzung und Demokratiefeindlichkeit
1. Zuständiger FD	7.2 – Koordinierungsstelle Bürger*innenbeteiligung (federführend) und je nach Thema Zusammenarbeit mit weiteren Fachdiensten
2. Schwerpunktthemen	Antidiskriminierung; Demokratieförderung; Dialog, Rassismus
3. Betroffenes Gebiet	Gesamtstadt
4. Inhaltliche Kurzbeschreibung	Vor dem Hintergrund einer zunehmenden rassistischen und rechtspopulistischen Hetze in Deutschland ist für Politik und Verwaltung der Universitätsstadt Marburg das Abbauen von Vorurteilen und das Gestalten eines friedlichen Zusammenlebens in der Stadt gemeinsame Aufgabe von Kommune und Bürgerinnen und Bürgern. Daher erarbeitet die Koordinierungsstelle Bürger*innenbeteiligung in Zusammenarbeit mit weiteren Fachdiensten ein Konzept für Dialog und Vielfalt – Gegen Rassismus, Ausgrenzung und Demokratiefeindlichkeit. Kernanliegen ist, Dialoge zwischen Marburgerinnen und Marburgern zu ermöglichen und zu stärken, lebendige Dialoge auf der Grundlage eines respektvollen Umgangs miteinander und in Anerkennung der Vielfalt der Erfahrungen der Menschen in unserer Stadt. Dabei sollen verschiedene Maßnahmen über vier Säulen hinweg umgesetzt werden: Antidiskriminierung, Dialog und Beteiligung, Öffentlichkeitsarbeit und Vernetzung sowie lokale anwendungsbezogene Forschung und Akquise weiterer Fördermittel. Die Maßnahmen werden zum Teil von der Koordinierungsstelle Bürger*innenbeteiligung oder anderen Fachdiensten umgesetzt; zum Teil sollen zivilgesellschaftliche Aktionen und Maßnahmen gefördert werden.

5. Zeitrahmen, aktueller Bearbeitungsstand und weitere Bearbeitungsschritte (Meilensteine)	Derzeit wird das Konzept erarbeitet und ein Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vorbereitet. Gleichzeitig werden mit zivilgesellschaftlichen Akteuren Wege der Umsetzung erörtert. Zeitraum: 2019 bis 2022
6. Voraussichtliche Kosten des Vorhabens	Gesamtkosten einschließlich Personalanteil der Koordinierungsstelle Bürger*innenbeteiligung zur Projektkoordination voraussichtlich 500.000 Euro, davon 250.000 EUR aus Mitteln des Kreisentwicklungsfonds
7. Politische Beschlussgrundlage(n) mit Verlinkung zu Allris	VO/6469/2018 (Beschluss der StVV zur Entwicklung des Konzeptes)
8. Formelle Bürger*innenbeteiligung	nein
9. Freiwillige Bürger*innenbeteiligung	Unterschiedliche Beteiligungsformen entlang der umzusetzenden Maßnahmen; Zudem sollen im Rahmen der Umsetzung zivilgesellschaftliche Projekte auf Antrag gefördert werden.
10. Ansprechpartner*in Amt Vorname, Name (falls gewünscht) Telefon E-Mail Weitere Informationen, Links	7.2 Koordinierungsstelle Bürger*innenbeteiligung Sebastian Heidrich 06421 201 1040 sebastian.heidrich@marburg-stadt.de 7.2 Leitung Koordinierungsstelle Bürger*innenbeteiligung Dr. Griet Newiger-Addy 06421 201 1317 Griet.newiger-addy@marburg-stadt.de https://marburgmachtmit.de

Titel des Vorhabens	Pilotprojekt Stadtteilfonds
1. Zuständiger FD	7.2 – Koordinierungsstelle Bürger*innenbeteiligung
2. Schwerpunktthemen	Stadtteilförderung; Bürgerbeteiligung
3. Betroffenes Gebiet	Wehrda, Hansenhaus, Richtsberg, Oberstadt
4. Inhaltliche Kurzbeschreibung	Mit der Einführung von Stadtteilfonds sollen Engagement und Gemeinschaftsgefühl im Stadtteil gestärkt sowie vorhandene Engagementstrukturen gefestigt werden. Insbesondere sollen die Beteiligung von nicht-organisierten Einwohnerinnen und Einwohnern und von Kindern und Jugendlichen an Stadtteilaktivtäten gestärkt und erweitert werden. Um die Wirkung des Beteiligungsinstruments in Marburg zu erproben, werden im Rahmen des zweijährigen Pilotprojekts vier Stadtteilen Mittel in Höhe von 5.000 EUR zur finanziellen Unterstützung von stadtteilbezogenen Projekten zur Verfügung gestellt werden. Über die Vergabe der Mittel entscheidet ein Gremium aus Ortsvorsteher*in, Stadtteilgemeinden und weiteren Initiativen sowie per Zufallsauswahl ausgewählten Bürger*innen. Das Pilotprojekt wird von der Koordinierungsstelle Bürger*innenbeteiligung unterstützt und begleitet. Nach Ablauf der Projektzeit werden die Erfahrungen ausgewertet und auf dieser Basis entschieden, ob und in welcher Weise das Projekt weitergeführt wird.
5. Zeitrahmen, aktueller Bearbeitungsstand und weitere Bearbeitungsschritte (Meilensteine)	Laufzeit 2019 bis 2021. Derzeit werden Vorabsprachen mit den relevanten Akteuren in den betroffenen Stadtteilen durchgeführt und eine Magistratsvorlage vorbereitet.
6. Voraussichtliche Kosten des Vorhabens	5.000 EUR je Stadtteil des Pilotprojektes und Jahr sowie Kosten für die Beratung und Begleitung der Projekte
7. Politische Beschlussgrundlage(n) mit Verlinkung zu Allris	In dem von der Stadtverordnetenversammlung im September 2018 verabschiedeten Konzept zur Bürger*innenbeteiligung (VO/6449/2018) ist die Prüfung der Einführung von Stadtteilfonds auf einer Pilotbasis in bis zu fünf Stadtteilen zur Finanzierung von stadtteilbezogenen Aktivitäten enthalten. Nach Prüfung des Projekts durch eine aus Stadtverordneten, Magistrat, Verwaltung und Vertreter*innen der Zivilgesellschaft

	zusammengesetzten Arbeitsgruppe wird derzeit ein Magistratsbeschluss vorbereitet. Das Pilotprojekt Stadtteilfonds soll nun in vier Stadtteilen starten.
8. Formelle Bürger*innenbeteiligung	nein
9. Freiwillige Bürger*innenbeteiligung	Das Pilotprojekt Stadtteilfonds ist ein Beteiligungsprojekt, bei dem Bürger*innen auf vielfältige Weise einbezogen werden, z.B.: Einbeziehung von zufällig ausgewählten Bürger*innen im Entscheidungsgremium; Antragstellung für Projekte durch Einwohner*innen der Stadtteile; Stadtteilkonferenzen oder entsprechende Veranstaltungen zur Ideenentwicklung und Vernetzung der Bürger*innen
10. Ansprechpartner*in Amt Vorname, Name (falls gewünscht) Telefon E-Mail Weitere Informationen, Links	Koordinierungsstelle Bürger*innenbeteiligung Sebastian Heidrich 06421 201 1040 sebastian.heidrich@marburg-stadt.de 7.2 Leitung Koordinierungsstelle Bürger*innenbeteiligung Dr. Griet Newiger-Addy 06421 201 1317 Griet.newiger-addy@marburg-stadt.de https://marburgmachtmit.de

Titel des Vorhabens	Kommunalwahl 21 – Verstehen und Mitmachen
1. Zuständiger FD	7.2 – Koordinierungsstelle Bürger*innenbeteiligung (Federführung) FD 50 Soziale Leistungen 16 Referat für die Gleichberechtigung von Frau und Mann
2. Schwerpunktthemen	Bürgerbeteiligung
3. Betroffenes Gebiet	Gesamtstadt

4. Inhaltliche Kurzbeschreibung	Das Projekt zielt darauf ab, die politische Beteiligung von Menschen mit Lernschwächen zu stärken. Dafür werden verschiedene Beteiligungsformate für Menschen mit Lernschwächen umgesetzt. Außerdem werden Informationen in Leichter Sprache rund um das Thema Kommunalwahl / aktives und passives Wahlrecht / Zuständigkeit von Kommunen entwickelt. Auch alternative Formen der veranschaulichenden Informationsweitergabe werden berücksichtigt, etwa Erklärfilme, Theater oder Rollenspiele. Diese sollen auch dazu dienen, Informationsmaterialien zu den Themen Kommunalwahl / Zuständigkeit der Kommune in verständlicher Sprache für weitere Bevölkerungsgruppen zu entwickeln, für die Sprache ebenfalls eine Barriere darstellt.
5. Zeitrahmen, aktueller Bearbeitungsstand und weitere Bearbeitungsschritte (Meilensteine)	Laufzeit 2019 bis 2021. Es wurde eine Arbeitsgruppe eingerichtet von Verwaltung und interessierten Vereinen, um die Aktivitäten zu planen und zu vernetzen. Es wurde ein erstes Beteiligungsformat für Menschen mit Lernschwächen durchgeführt.
6. Voraussichtliche Kosten des Vorhabens	Kosten für Informationsmaterial, noch keine Angaben
7. Politische Beschlussgrundlage(n) mit Verlinkung zu Allris	In dem von der Stadtverordnetenversammlung im September 2018 verabschiedeten Konzept zur Bürger*innenbeteiligung (VO/6449/2018) ist die Durchführung von zeitlich befristeten Beteiligungsformaten zu einzelnen Themen enthalten (Maßnahme 14).
8. Formelle Bürger*innenbeteiligung	nein
9. Freiwillige Bürger*innenbeteiligung	Menschen mit Lernschwächen sowie Multiplikatoren beteiligen sich an der Planung und Umsetzung des Projektes ebenso wie an einzelnen Beteiligungsformaten.
10. Ansprechpartner*in Amt	7.2 Leitung Koordinierungsstelle Bürger*innenbeteiligung

Vorname, Name (falls gewünscht) Telefon E-Mail Weitere Informationen, Links	Dr. Griet Newiger-Addy 06421 201 1317 Griet.newiger-addy@marburg-stadt.de https://marburgmachtmit.de

GeWoBau - Gemeinnützige Wohnungsbau GmbH Marburg/Lahn

Titel des Vorhabens	Wohnungsbau Försterweg
1. Zuständiger FD	GeWoBau Marburg
2. Schwerpunktthemen	Wohnungsbau
3. Betroffenes Gebiet	Waldtal, Försterweg
4. Inhaltliche Kurzbeschreibung	Neubau von 19 Wohneinheiten in 2 Gebäuden in Holzbauweise mit einem grünen Innenhof
5. Zeitrahmen, aktueller Bearbeitungsstand und weitere Bearbeitungsschritte (Meilensteine)	Baubeginn im Herbst 2019
6. Voraussichtliche Kosten des Vorhabens	ca. 5,8 Mio Euro
7. Politische Beschlussgrundlage(n) mit Verlinkung zu Allris	Nein, Aufsichtsratsbeschlüsse
8. Formelle Bürger*innenbeteiligung	nein

9. Freiwillige Bürger*innenbeteiligung	Öffentliche Vorstellung in Ortsbeirat, Gestaltungsbeirat sowie am Runden Tisch Waldtal
10. Ansprechpartner*in Fachdienst Vorname, Name (falls gewünscht) Telefon E-Mail Weitere Informationen, Links	Jürgen Rausch gewobau@gewobau-marburg.de

Titel des Vorhabens	**Wohungsbau Friedrich-Ebert-Straße 1a**
1. Zuständiger FD	GeWoBau Marburg
2. Schwerpunktthemen	Wohnungsbau
3. Betroffenes Gebiet	Friedrich-Ebert-Straße 1a, Unterer Richtsberg
4. Inhaltliche Kurzbeschreibung	Neubau von 18 geförderten Wohnungen in serieller Bauweise
5. Zeitrahmen, aktueller Bearbeitungsstand und weitere Bearbeitungsschritte (Meilensteine)	Baubeginn im Herbst 2019
6. Voraussichtliche Kosten des Vorhabens	Ca. 4 Mio Euro
7. Politische Beschlussgrundlage(n) mit Verlinkung zu Allris	nein, Aufsichtsratsbeschlüsse

8. Formelle Bürger*innenbeteiligung	nein
9. Freiwillige Bürger*innenbeteiligung	Öffentliche Gestaltungsbeiratssitzung
10. Ansprechpartner*in Fachdienst Vorname, Name (falls gewünscht) Telefon E-Mail Weitere Informationen, Links	Jürgen Rausch gewobau@gewobau-marburg.de

Titel des Vorhabens	**Wohnungsbau Magdeburger Straße**
1. Zuständiger FD	GeWoBau Marburg
2. Schwerpunktthemen	Wohnungsbau
3. Betroffenes Gebiet *(Stadtteil/e bzw. Gesamtstadt)*	Wehrda, Magdeburger Straße
4. Inhaltliche Kurzbeschreibung	Neubau von 30 geförderten Wohnungen im Geschoßwohnungsbau sowie von 10 Reihenhäusern für Wohngruppen mit mittleren Einkommen
5. Zeitrahmen, aktueller Bearbeitungsstand und weitere Bearbeitungsschritte (Meilensteine)	Baubeginn für die Reihenhäuser im Herbst 2019 Baubeginn für die Geschosswohnungen im Sommer 2020
6. Voraussichtliche Kosten des Vorhabens	Ca. 14 Mio Euro
7. Politische Beschlussgrundlage(n	Keine, Aufsichtsratsbeschlüsse

) mit Verlinkung zu Allris	
8. Formelle Bürger*innenbeteiligung	nein
9. Freiwillige Bürger*innenbeteiligung	Öffentliche Ortsbeirats- und Gestaltungsbeiratssitzungen
10. Ansprechpartner*in Fachdienst Vorname, Name (falls gewünscht) Telefon E-Mail Weitere Informationen, Links	Jürgen Rausch gewobau@gewobau-marburg.de

Titel des Vorhabens	**Altenpflegezentrum und Begegnungsstätte Sudetenstraße**
1. Zuständiger FD	GewoBau Marburg, Marburger Altenhilfe
2. Schwerpunktthemen	Neubau eines Altenpflegezentrums mit Begegnungsstätte im Stadtteil Richtsberg
3. Betroffenes Gebiet	Richtsberg
4. Inhaltliche Kurzbeschreibung	Die GeWoBau plant und baut in Zusammenarbeit mit der Marburger Altenhilfe ein neues Altenpflegezentrum in der Sudetenstraße für ca. 85 Pflegeplätze mit integrierter Begegnungsstätte.
5. Zeitrahmen, aktueller Bearbeitungsstand und weitere Bearbeitungsschritte (Meilensteine)	Die Beginn der Bauarbeiten erfolgt im Oktober 2019, die Fertigstellung ist für April 2021 vorgesehen.
6. Voraussichtliche Kosten des Vorhabens	Gesamtkosten ca. 14 Mio.€

7. Politische Beschlussgrundlage(n) mit Verlinkung zu Allris	Stadtverordneten- und Aufsichtsratsbeschlüsse
8. Formelle Bürger*innenbeteiligung	nein
9. Freiwillige Bürger*innenbeteiligung	Vorstellung in öffentlicher Ortsbeiratssitzung und am runden Tisch „barrierefreies Bauen“
10. Ansprechpartner*in Fachdienst Vorname, Name (falls gewünscht) Telefon E-Mail Weitere Informationen, Links	Jürgen Rausch gewobau@gewobau-marburg.de

Titel des Vorhabens	**Wohnprojekt Poitiersstraße**
1. Zuständiger FD	GeWoBau Marburg
2. Schwerpunktthemen	Neubau eines freistehenden Gebäudes und eines Reihenendhauses für ein gemeinschaftliches Wohnprojekt in der Poitiersstraße
3. Betroffenes Gebiet	Weidenhausen
4. Inhaltliche Kurzbeschreibung	Die GeWoBau plant und baut 13 Wohneinheiten in Weidenhausen Süd auf einer im Bebauungsplan für eine entsprechende Bebauung vorgesehene Fläche.
5. Zeitrahmen, aktueller Bearbeitungsstand und weitere Bearbeitungsschritte (Meilensteine)	Die Beginn der Bauarbeiten erfolgt im 1.Quartal 2020, die Fertigstellung ist für Ende 2021 vorgesehen.
6. Voraussichtliche Kosten des Vorhabens	Gesamtkosten ca. 3 Mio.€

7. Politische Beschlussgrundlage(n) mit Verlinkung zu Allris	Aufsichtsratsbeschlüsse
8. Formelle Bürger*innenbeteiligung	nein
9. Freiwillige Bürger*innenbeteiligung	Vorstellung in öffentlicher Gestaltungs- und Ortsbeiratssitzung
10. Ansprechpartner*in Fachdienst Vorname, Name (falls gewünscht) Telefon E-Mail Weitere Informationen, Links	Jürgen Rausch gewobau@gewobau-marburg.de

Stadtentwicklungsgesellschaft Marburg

Titel des Vorhabens	**Beltershäuser Straße**
1. Zuständiger FD	Stadtentwicklungsgesellschaft Marburg
2. Schwerpunktthemen	Entwicklung eines Bebauungskonzepts, Wohnungsbau
3. Betroffenes Gebiet *(Stadtteil/e bzw. Gesamtstadt)*	Unterer Richtsberg
4. Inhaltliche Kurzbeschreibung	Weiterentwicklung eines Bebauungskonzeptes von einem Behördenzentrum zu einem urbanen Gebiet mit Wohn- und Dienstleistungsfunktionen
5. Zeitrahmen, aktueller Bearbeitungsstand und weitere Bearbeitungsschritte (Meilensteine)	Realisierungshorizont 2025, Entwicklung einer Projektidee Abstimmung mit der Landkreisverwaltung Öffentlichkeitsbeteiligung

	Konkretisierung der städtebaulichen Planung
6. Voraussichtliche Kosten des Vorhabens	Noch nicht ermittelt
7. Politische Beschlussgrundlage(n) mit Verlinkung zu Allris	keine
8. Formelle Bürger*innenbeteiligung	Beteiligung im Zuge des Bebauungsplanverfahrens
9. Freiwillige Bürger*innenbeteiligung	Es ist ein Beteiligungsverfahren zur Vorbereitung und Abstimmung der städtebaulichen Planung beabsichtigt
10. Ansprechpartner*in Fachdienst Vorname, Name (falls gewünscht) Telefon E-Mail Weitere Informationen, Links	Jürgen Rausch gewobau@gewobau-marburg.de

Stadtwerke Marburg GmbH

Titel des Vorhabens	Ausbau Nahverkehrsangebot
1. Zuständiger FD	Stadtwerke Marburg Consult GmbH als lokale Nahverkehrsorganisation der Universitätsstadt Marburg
2. Schwerpunktthemen	Erstellung des Nahverkehrsplans für die Universitätsstadt Marburg 2021 - 2026
3. Betroffenes Gebiet	Gesamtstadt
4. Inhaltliche Kurzbeschreibung	Nach Vorgabe des Gesetzes über den öffentlichen Personennahverkehr in Hessen (ÖPNVG) ist durch den Aufgabenträger für den ÖPNV spätestens alle 5

	Jahre zu entscheiden, ob der Nahverkehrsplan neu aufzustellen ist, oder fortgeschrieben werden kann.
5. Zeitrahmen, aktueller Bearbeitungsstand und weitere Bearbeitungsschritte (Meilensteine)	Der neue Nahverkehrsplan soll bis Ende 2021 vorliegen. Die Beauftragung eines geeigneten Fachbüros wird im 1. Quartal 2020 erfolgen.
6. Voraussichtliche Kosten des Vorhabens	120 T€
7. Politische Beschlussgrundlage(n) mit Verlinkung zu Allris	§ 14, (8) ÖPNV, Nahverkehrspläne
8. Formelle Bürger*innenbeteiligung	Gemäß gesetzlicher Verpflichtung
9. Freiwillige Bürger*innenbeteiligung	nein
10. Ansprechpartner*in Fachdienst Vorname, Name (falls gewünscht) Telefon E-Mail Weitere Informationen, Links	Stadtwerke Marburg Consult GmbH als lokale Nahverkehrsorganisation der Universitätsstadt Marburg https://www.stadtwerke-marburg.de/